Nummer 27 — Hannover, 6. Juli 1929 — 38. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung geht weiter.

„Politik verdirbt den Charakter.“ Es scheint für manche Leute wirklich gefährlich zu sein, sich mit Politik zu beschäftigen, und noch viel gefährlicher scheint die Beschäftigung mit der Sozialpolitik (lies: Kampf gegen die Sozialpolitik) zu sein. Wenigstens werden in dem jetzigen Streit um die Arbeitslosenversicherung von vielen Parteien Mittel angewandt, die nicht immer ganz lauter sind.

Über die Vorgänge in diesen hitzigen Auseinandersetzungen sind unsere Kollegen durch unser Verbandsorgan, teils auch durch die Tagespresse, unterrichtet. Sie kennen auch die Vorwürfe, die von den Unternehmern aller Richtungen (hierin sind sie sich alle einig, mögen ihre politischen Anschauungen sonst auch nicht immer übereinstimmen) gegen die deutsche Sozialpolitik im allgemeinen und gegen die Arbeitslosenversicherung im besonderen erhoben wurden. Mit allen Mitteln wurde versucht, die „öffentliche Meinung“ gegen diesen neuen Zweig der deutschen Sozialversicherung, der ja doch nur „Prämie für Arbeitsscheue und Faule“ als Früchte trug, mobil zu machen. Ein wahres Trommelfeuer von Pressemeldungen über den angeblichen Mißbrauch der Unterstützungen prasselte auf die gläubigen Zeitungsleser nieder; die kritische Finanzlage des Reiches, sogar die außenpolitischen Schwierigkeiten mußten dazu dienen, dem Bürgertum klar zu machen, daß die Wurzel alles Übels in der Arbeitslosenversicherung mit ihrem durch zahllose unglaubliche Mißbräuche und Mißstände hervorgerufenen gewaltigen Geldbedarf liege. Schnellste Abhilfe wurde gefordert, am besten völliger Abbau, um jeden Mißbrauch radikal zu verhüten, wie der Schildbürger, der sein Haus in Brand setzt, um das Ungeziefer zu vernichten. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften hatten in zahllosen Verhandlungen und wiederholten Erklärungen ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit erklärt, um etwaige Mißbräuche und Mißstände aus der Welt zu schaffen. Aber gegen eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung hatten sie ebenso entschieden Stellung genommen. Sie waren bereit, der Arbeitslosenversicherung durch eine Beitragserhöhung von 1 Prozent größere Mittel zuzuführen. In Übereinstimmung damit hatte der Reichsarbeitsminister schon im Mai d. J. mit dem sogenannten Sofortprogramm die Beitragserhöhung in Vorschlag gebracht. Aber alle Verhandlungen scheiterten an der Unnachgiebigkeit der bürgerlichen Parteien. Ihnen lag ja auch weniger an der Beseitigung von Mißbräuchen und Mißständen als an einem radikalen Abbau der Versicherung. Selbstverständlich kämpfen auch wir gegen jeden Mißbrauch und gegen jeden Betrug am Reich und damit an den Groschen des Arbeiters. Aber mit der Beseitigung der wenigen Fälle, in denen tatsächlich eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung erfolgt war, lassen sich nicht Hunderte von Millionen ersparen, wie es die Gegner der neuen Versicherung gerne wollten. Durch ihre Haltung haben sie es verhindert, daß die Beitragserhöhung und die Reformvorschläge des Reichsarbeitsministers sofort durchgeführt wurden. Eine sofortige Beitragserhöhung hätte der Arbeitslosenversicherung bis zum Spätherbst einen ganz ansehnlichen Betrag — etwa 40 Millionen Mark — zugeführt, so daß die im Winter wieder größer werdende Arbeitslosigkeit ganz erheblich leichter überwunden werden konnte. Man kann sich nur nicht genug darüber wundern, daß die volkswirtschaftlich so erfahrenen Wortführer der Unternehmer nicht die Folgen sehen, die eine Verschlechterung der Saisonarbeiterunterstützung, die sie ja besonders dringlich fordern, unverweigerlich nach sich ziehen müßte. Es ist doch ganz klar, daß in den Fällen, in denen der arbeitslose Saisonarbeiter vom Reich keine Unterstützung erhält, die Gemeinde einspringen muß, so daß tatsächlich nur eine Verschiebung der Kosten erfolgt und eine erhöhte Belastung der Wohlfahrts- und Fürsorgeämter eintreten muß. Aber dagegen soll ja dann die Bedürftigkeitsprüfung schützen, die von den Unternehmern so eifrig gefordert wird. Das würde den Versicherten, die vielleicht jahrelang die Beiträge geleistet haben, aber jeden Rechtsanspruch rauben, es wäre ein sozialer und kultureller Rückschritt. Die Unternehmer sehen in der Frage der Arbeitslosenversicherung — und nicht nur hier allein — viel zu privatkapitalistisch, sie denken viel zu individualistisch. Vom Kollektivgedanken ist bei ihren Einwänden gegen die Sozialversicherung wie bei ihren Reformvorschlägen verzweifelt wenig zu spüren. Alle ihre Einwendungen geschehen von dem Gesichtspunkte aus: Wer arbeiten will, der kriegt auch heute noch Arbeit. Und sie bedenken nicht, daß nur in ganz vereinzelten Fällen ein wirklicher Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung vorgekommen ist und daß bei keiner Versicherung, und hätte sie auch die beste, gewissenhafteste Verwaltung, Mißbräuche immer ganz zu vermeiden sind. Sie bedenken nicht, daß die ungeheure Mehrzahl der Arbeitslosen ohne eigene Schuld in das Elend geriet, daß die Arbeitslosigkeit zum allergrößten Teil auch eine Folge der Rationalisierung ist, die den Unternehmern ungeheure Gewinne in den Schoß warf, die die Arbeiter durch gesteigerte Arbeitsleistung erst möglich gemacht haben.

Monatelang haben die bürgerlichen Parteien stürmisch eine Reform der Arbeitslosenversicherung gefordert. Sie machten durch ihren Beschluß, das Sofortprogramm des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers bis zum Herbst zu vertagen, eine baldige Reform unmöglich. Dadurch wird die Lage so schwierig, daß die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften nun mit um so größerer Energie und mit desto schärferer Wachsamkeit auf ihren Posten sein müssen, um gegen alle ferneren Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung gerüstet zu sein. Die neuesten Vorgänge in den Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherung haben es den Arbeitern wieder gezeigt, daß sie ihre Interessen nur in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei nachdrücklich vertreten finden. Stärkung dieser Arbeiterorganisationen, das muß der Gedanke sein, der sich jedem Arbeiter bei der Beobachtung dieses Kampfes um die Arbeitslosenversicherung aufdrängt. Der Kampf geht weiter, wir brauchen neue Mitstreiter!

Keine Freiheit ohne Kampf.

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,
sie wird von außen nicht erstrebt,
wenn nicht zuerst sie selbst tief innen,
im eigenen Busen dich belebt.
Willst du den Kampf, den großen, wagen,
so setz' zuerst dich selber ein!
Wer fremde Fesseln will zerschlagen,
darf nicht sein eigener Sklave sein!

Robert Prutz.

Der Youngplan, das Ergebnis der kapitalistischen Sachverständigenkonferenz.

Der in Paris angenommene Youngplan für die Regelung der Reparationsfrage bedeutet gegenüber dem in Kraft befindlichen Dawesplan eine solche Erleichterung, daß seine Ablehnung wohl nicht diskutierbar ist. Im Falle einer Ablehnung müßte der Dawesplan mit seinen viel höheren Lasten und seiner größeren Unsicherheit in Geltung bleiben. Diese Einsicht darf uns aber nicht davon zurückhalten, eine Kritik an einzelnen Vorschlägen des Youngplanes zu üben, die mit der rein kapitalistischen Zusammensetzung der Sachverständigenkommission zusammenhängen. Der Youngplan wurde als ein unteilbares Ganzes erklärt, d. h. er muß ohne Änderungen angenommen werden. Dies ist wohl unvermeidlich, da eine Einigung über die Reparationsfrage nicht möglich wäre, wenn sämtliche beteiligten Länder nachträglich Änderungen an dem Plan vorschlagen würden. Indessen hat die Sachverständigenkommission Vorschläge in den Plan hineingenommen, die für die Ausführung des Reparationsplans belanglos sind und sich ausschließlich aus dem kapitalistischen Charakter der Kommission erklären lassen. Infolge der Unteilbarkeit des Youngplanes ist nun die Ablehnung auch dieser überflüssigen Vorschläge nicht möglich. Außer den Vorschlägen hat die Sachverständigenkommission Empfehlungen ähnlicher Art aufgenommen, die zwar für die Regierungen nicht verpflichtend sind, die jedoch einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben geeignet sind, zumal die deutschen Unternehmer alles daran setzen werden, diesen Druck wirksam werden zu lassen.

Auf Grund des Youngplans soll das Organisationskomitee Vorkehrungen dafür treffen, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft, das Eigentum des Deutschen Reiches, während der Geltungsdauer des Planes ihre Eigenschaft „als privates und unabhängiges Unternehmen mit selbständiger Geschäftsführung in wirtschaftlichen, finanziellen und Personalangelegenheiten ohne Einmischung der deutschen Regierung beibehält“. Die Verpflichtung für die vollständige Privatisierung der Reichsbahn hat mit den Reparationsleistungen nichts zu tun. Die Reichsbahn wird zwar auch künftig jährlich 660 Millionen Mark für Reparationszwecke abführen müssen, doch allein in der Form einer Steuer. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Steuer stets ohne Schwierigkeiten abgeführt werden kann, zumal laut dem Youngplan die von der Reichsbahn eingezogene Beförderungssteuer, die heute schon an die 300 Millionen Mark im Jahre bringt, in die oben erwähnten 660 Millionen Mark nötigenfalls eingerechnet werden darf. Unter solchen Umständen bedeutet die Verpflichtung für die deutsche Regierung, sich von jeder Einmischung in die wirtschaftlichen, finanziellen, ja personellen Angelegenheiten der Reichsbahn fernzuhalten, offenbar eine Überschreitung des Wirkungskreises der Sachverständigenkommission. Sie kann nicht anders als ein empörender Angriff des Privatkapitals auf die Staatswirtschaft betrachtet werden. Wir haben nichts davon gehört, daß die Vertreter Deutschlands in Paris gegen diese das Ansehen und die Geltung der deutschen Regierung stark schädigende Forderung Protest erhoben hätten, ja wir müssen nach der Zusammensetzung dieser Kommission den Verdacht aussprechen, daß sie die Ausschaltung des Reiches gutgeheißen hatten. Eine ähnliche Vergewaltigung erfolgte in bezug auf die Reichsbank, wo der staatliche Einfluß geradeso ausgeschaltet werden soll wie bei der Reichseisenbahn.

Die Reparationsbank, der Aufgaben von großer Tragweite zugewiesen wurden, soll in einer Weise organisiert werden, daß in deren Leitung die Vertreter der Arbeiterschaft nicht Platz finden dürfen. Ausdrücklich wird ausgesprochen, daß neben den Präsidenten der Zentralnotenbanken im Direktorium dieser Weltbank nur Vertreter der „Finanz, der Industrie und des Handels“ Platz haben können. Die Weltbank kann zweifellos nicht nur für die Abwicklung der Reparationsleistungen, sondern auch für die Ausdehnung des Welthandels wichtige Dienste leisten, sie kann aber ebensogut als ein Werkzeug des internationalen Finanzkapitals zu imperialistischen Abenteuern mißbraucht werden. Der Ausschluß der Vertreter der Arbeiterschaft von einer solchen Organisation, die letzten Endes Steuergelder verwalten wird, kann ebenfalls nur aus der rein kapitalistischen Zusammensetzung der Sachverständigenkommission erklärt werden.

In der Reihe der Empfehlungen der Sachverständigenkommission, die also für die deutsche Regierung nicht verpflichtend sind, sie aber dennoch unter einen Druck setzen sollen, soll die Anregung der Sachverständigenkommission für den Abbau der Industriebelastung (zur Zeit 300 Millionen Mark im Jahr) erwähnt werden. Diese Belastung der Industrie wird für Reparationszwecke nicht mehr nötig sein, da in Zukunft die Zahlungen (außer von der Reichsbahn) nur von der Reichskasse erfolgen sollen. Die Kommission empfiehlt aber diese Belastung auch als gewöhnliche Steuer für allgemeine Staatszwecke zu beseitigen, eine Zumutung, die noch übertroffen wird durch die allgemeine Empfehlung für einen Steuerabbau mit der landläufigen Begründung der Förderung der Kapitalbildung, d. h. zugunsten des Besitzes.

Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob die Verhandlungstaktik der deutschen Sachverständigen in Paris die richtige war und ob eine bessere Taktik größere Erleichterungen, als sie gegenüber dem Dawesplan gewährt wurden, zur Folge gehabt hätte. Es ist wohl anzunehmen, daß, wenn Vertreter der Arbeiterschaft dabei gewesen wären, sie dahin gewirkt hätten, daß man die Verhandlungen auf bestimmte, erfolgversprechende Punkte konzentriert, während in Paris wochenlang unfruchtbare Debatten geführt wurden, die die Aufmerksamkeit von den Hauptfragen ablenkten. Dies mag jedoch dahingestellt bleiben, zumal wir mit allem Nachdruck wiederholen möchten, daß die Erleichterung des Youngplans gegenüber dem Dawesplan eine sehr bedeutende ist. Die Teilnahme von Arbeitervertretern hätte aber das Zustandekommen der erwähnten empörenden Vorschläge und Empfehlungen unter Umständen verhindern können. Zumindest wäre die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf diese während der Verhandlungen im Dunkel gebliebenen Fragen gelenkt worden; zumindest hätten jene Vorschläge nicht ohne Protest in den Youngplan aufgenommen werden können. Die Annahme einer Einheitsfront zwischen Unternehmern und Arbeitern angesichts des gemeinsamen Interesses für die Erleichterung der Reparationslasten hat sich eben, wie die Entstellung des Youngplanes durch die geschilderten Vorschläge beweist, als falsch erwiesen. — —

Zur Ergänzung unseres Artikels in der Nr. 25 unseres Verbandsorgans, der sich mit dem Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz befaßte, bringen wir noch eine Zusammenstellung über die Annuitäten (Jahresleistungen), die Deutschland nach den Vorschlägen des Youngplans zahlen soll.

Es wird angenommen, daß der Dawesplan am 31. August 1929 außer Kraft treten wird. Bis dahin soll die Ratifizierung des Youngplans durch die beteiligten Staaten erfolgt sein, so daß die neue Regelung vom 1. September 1929 an läuft. Für die Zeit vom 1. September 1929 bis zum 31. März 1930 soll Deutschland den Betrag von 742,8 Millionen zahlen. In den folgenden Jahren, immer vom 1. April bis zum 31. März gerechnet, sollen die deutschen Leistungen betragen:

1930—1931	1707,9 Millionen RM.
1931—1932	1685,0 Millionen RM.
1932—1933	1738,2 Millionen RM.
1933—1934	1804,3 Millionen RM.
1934—1935	1866,9 Millionen RM.
1935—1936	1892,9 Millionen RM.
1936—1937	1939,7 Millionen RM.
1937—1938	1977,0 Millionen RM.
1938—1939	1995,3 Millionen RM.
1939—1940	2042,8 Millionen RM.

Von da an steigen die Zahlungen an bis zu dem erwähnten Höchstsatze von etwa 2400 Millionen RM. Die Zahlungen sollen in monatlichen Raten geleistet werden.

Wie lange braucht der Arbeiter, um zu seiner Arbeitsstätte zu gelangen?

In der Schrift „Kirche und Industrie" wird eine sehr interessante Erhebung, die auf Veranlassung des Bitterfelder Kreisausschusses über sämtliche gewerbliche Unternehmungen im Bitterfelder Kreise gemacht wurde, wiedergegeben. Es wohnten von 29 395 Arbeitnehmern

8341 Arbeiter am Sitz des Betriebes,
2414 Arbeiter in Baracken,
5839 Arbeiter bis 5 Kilometer vom Arbeitsort entfernt,
2719 Arbeiter bis 10 Kilometer vom Arbeitsort entfernt,
732 Arbeiter bis 20 Kilometer vom Arbeitsort entfernt,
115 Arbeiter bis 30 Kilometer vom Arbeitsort entfernt,
8989 Arbeiter über 30 Kilometer vom Arbeitsort entfernt,
246 Arbeiter über 50 Kilometer vom Arbeitsort entfernt.

Diese Zahlen sollten nachdenklich stimmen. Die Frage des Achtstundentages erhält dadurch eine ganz besondere Beleuchtung. Ein Drittel der in diesem von starker Industrie durchsetzten Kreise beschäftigten Arbeiterschaft wohnt über 30 Kilometer weit vom Arbeitsort entfernt, muß also täglich 60 Kilometer außerhalb der Arbeitszeit zurücklegen. Diese Verhältnisse werden überall die gleichen sein. Was bleibt da noch vom Achtstundentag übrig?

Eine bedenkliche Empfehlung an die deutsche Regierung.

Unter den Empfehlungen, die der Young-Plan an die deutsche Regierung gibt, befindet sich auch die Beseitigung der als Anteil der Industrie an der Reparationslast ausgegebenen Industrieobligationen. Diese Last wird zwar nach Annahme des Young-Plans für unmittelbare Reparationszwecke in Wegfall kommen, doch könnte sie als Steuer für allgemeine Staatszwecke beibehalten werden. Der Young-Plan befindet sich ganz im Unrecht, wenn er der deutschen Regierung die Beseitigung dieser Steuer empfiehlt. In der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft" wird die Unhaltbarkeit dieser Empfehlung mit trefflichen Argumenten bewiesen. Wenn man bedenkt, daß das Sachkapital sich im Gegensatz zum sonstigen Volksvermögen unvernichtet, teilweise sogar bereichert aus der Inflation hat herüberretten können, wenn man bedenkt, daß durch die Hauszinssteuer dem einen Teil des Sachkapitals, dem Hausbesitz, eine jährliche Sondersteuer von mehr als 1½ Milliarden Mark auferlegt wurde, so muß es als gerechtfertigt erscheinen, daß auch die Sachbesitzer der Industrie an den Lasten des verlorenen Krieges mittragen. Diese Forderung muß um so deutlicher erhoben werden, als die Industrie sich in mancher Beziehung in einer verhältnismäßig günstigen wirtschaftspolitischen Lage befindet und teilweise der Hauptnutznießer der Inflation gewesen ist. Unter diesen Umständen ist die Reparationsbelastung durch Industrieobligationen nichts weiter als eine gerechtfertigte Abgabe von Vermögen, die zur Erleichterung für die Beteiligten in eine 37jährige Rentenzahlung verwandelt ist. Auch aus einem wirtschaftspolitisch wichtigen Gesichtspunkt sollte, wie das „Magazin der Wirtschaft" ausführt, die Reparationsbelastung der Industrie beibehalten werden. Während die Industrie in fast allen Fällen in der Lage ist, die ihr auferlegten Steuern zu überwälzen, ist die in Rede stehende Steuer aller Wahrscheinlichkeit nach nicht abwälzbar, und damit stellt sie eine wirkliche Beteiligung der Industrie an der Gesamtlast dar. Es ist daher wichtig, sich daran zu erinnern, daß diese Empfehlung des Young-Plans die deutsche Regierung in keiner Weise bindet, sondern sie in jeder Beziehung frei läßt.

Frauenfragen.

Arbeiterinnenschutz in Gefahr?

Seit einigen Jahren sind in der internationalen Frauenbewegung Strömungen bemerkbar, die auf Beseitigung des Arbeiterinnenschutzes drängen. Besonders auf der Tagung des Weltbundes für Frauenstimmrecht im Jahre 1926 in Paris spielte die Frage des Arbeiterinnenschutzes eine große Rolle. Es ist dort sogar ein Beschluß gefaßt worden, der gegen die besonderen Arbeiterinnenschutzbestimmungen Stellung nimmt. Dieser Beschluß wurde auf der diesjährigen Konferenz, die vom 17. bis 22. Juni in Berlin tagte, wieder aufgehoben. Aber der Kampf ist damit nicht beendet. Eine abgesplitterte Gruppe vom Weltbund für Frauenstimmrecht hat sich unter Führung einiger englischer bürgerlicher Frauenrechtlerinnen am 15. Juni zu einer internationalen Organisation „The Open door Council" (Organisation der offenen Tür) in Berlin zusammengeschlossen, mit dem Ziel „Beseitigung jedes Arbeiterinnenschutzes".

Unsere Arbeiterinnen brauchen aber diese Gegner der Frauenschutzbestimmungen nicht zu fürchten. Frauen, die niemals aus praktischen Erfahrungen heraus die Wirkungen der Erwerbsarbeit auf den Körper der Frau kennen lernten, haben nicht darüber zu befinden, ob das Nachtarbeitsverbot, der besondere Mutterschutz und die sonstigen Bestimmungen wieder aufgehoben werden können. Das können nur die Arbeiterinnen selbst entscheiden, und diese denken nicht daran, im kapitalistischen Wirtschaftssystem mit seinen hochrationalisierten Betrieben und seinen Ausbeutungsmethoden auch nur im entferntesten einen Abbau des Arbeiterinnenschutzes zu unterstützen. Die Arbeiterinnen fordern im Gegenteil weiteren Ausbau des Arbeiterinnenschutzes. Das haben ihre Vertreterinnen auf einer

Kundgebung für Arbeiterinnenschutz

am 18. Juni in Berlin ausführlich und wiederum klar genug hervorgehoben. Das Hauptreferat an diesem Abend hatte Gertrud Hanna vom ADGB. Ausgehend von den überaus traurigen Verhältnissen der Kinderausbeutung in der Zeit des Frühkapitalismus führte sie u. a. aus, daß es zunächst im Staatsinteresse lag, Schutzgesetze zu schaffen. Die Arbeiterin genießt erst einen Schutz, seit durch die Frauenarbeit die Mutterschaft gefährdet war. Auch heute noch wirken besonders das Tempo der Arbeit, das von der Maschine und dem Unternehmer bestimmt wird, ferner Hitze und Kälte, Staub und Nässe gesundheitsschädigend auf den Organismus der Frau.

Die Arbeiterinnenschutzbestimmungen haben sich in Deutschland sicher sehr im Interesse der Frauen ausgewirkt. In den Ländern ohne Arbeiterinnenschutz ist die Entlohnung und sind die Arbeitsbedingungen bedeutend schlechter als bei uns. Zum Schluß verwies die Referentin darauf, daß der Grund für die Vorenthaltung voller wirtschaftlicher und staatsbürgerlicher Gleichberechtigung der Frau nicht im Arbeiterinnenschutz, wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen behaupten, sondern in der jahrtausendelangen Unterdrückung der Frau und in der ihnen selbst eingeimpften Überzeugung von ihrer Minderwertigkeit liegt. Alle arbeitenden Frauen sind sich darüber einig: Wir wollen Frauenrechte erkämpfen, aber nicht eintauschen für Aufhebung des Schutzes im Erwerbsleben!

Dann sprach die Amerikanerin Miß Carol aus Baltimore. In ihrem Bericht über die amerikanischen Verhältnisse führt sie aus, daß nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch Präsident Hoover und sozial gesinnte Unternehmer mit den Forderungen des Arbeiterinnenschutzes einig gehen. Die mit „Open door Council" gleichlaufende amerikanische Frauenorganisation verfüge über auffällig reiche Geldmittel, mit denen sie für ihre Forderungen große Reklame machen könne. Das Geld für Propaganda fehlt dagegen den Organisationen der Arbeiter.

Else Niwiera vom Textilarbeiterverband schilderte die Verhältnisse der Arbeiterinnen in den Textilfabriken. Jede dritte Textilarbeiterin ist verheiratet. Jede dreißigste trägt gleichzeitig die Last der Erwerbsarbeit und der werdenden Mutterschaft. Unter den Arbeiterinnen gibt es nur eine Meinung: Nicht Abbau, sondern Ausbau des Arbeiterinnenschutzes!

Es sprach sodann Kollegin Licht vom ZdA. für die weiblichen Angestellten und Kollegin Gladosch für die Arbeiterinnen in der Metallindustrie.

Als Gast sprach Lyda Gustava Heymann als Vertreterin der neuen Frauenorganisation „Open door". Sie erblickt in den bestehenden Arbeiterinnenschutzbestimmungen eine Bevormundung der Frau. Die Frau müsse die Freiheit haben, unter den gleichen Bedingungen mit dem Manne zu konkurrieren. Die oft geradezu phantastischen Ausführungen der Referentin riefen verschiedentlich helles Gelächter bei den Anwesenden hervor. Auch einige Zwischenrufe wurden gehört, wie zum Beispiel „Die soll'n mal in die Fabrik gehen" und ähnliche Bemerkungen.

Ein weiterer Gast des Abends, die Vizepräsidentin des Weltbundes für Frauenstimmrecht, Adele Schreiber, bezeichnete die Frauen des „Open door Council" als fanatische Anhängerinnen einer Idee: Der Behauptung voller Gleichheit — nicht Gleichwertigkeit — zwischen Mann und Frau. Und von dieser Idee verblendet, merken sie nicht, daß sie lediglich die Geschäfte eines skrupellosen Unternehmertums besorgen. Im kapitalistischen Staat müsse jede Frau für den Arbeiterinnenschutz eintreten!

Unser Verband war auf der Konferenz auch vertreten. Anna Zammert sprach für die große Gruppe der ungelernten Arbeiterinnen, die in den uns zuständigen Industrien beschäftigt sind. Diese gilt es in erster Linie vor den Gefahren der Erwerbsarbeit zu schützen. Wenn die Vertreterinnen von „The Open door Council" der Meinung sind, daß durch den besonderen Frauenschutz eine Beschränkung der Arbeitsplätze für Frauen eingetreten sei, so ist dies irrig. Wir können feststellen, daß in den letzten Jahren trotz verbesserten Arbeiterinnen- und Mutterschutzes die Frauenarbeit zugenommen hat. In der Porzellanindustrie sind 45 Prozent aller Beschäftigten Arbeiterinnen. Und die Arbeit ist vielfach so schwer, daß fast alle Arbeiterinnen unterleibskrank sind und außerdem unter der Standentwicklung stark zu leiden haben. Ähnlich ist es in der Papier-, Konserven-, Glas- und chemischen Industrie. In der chemischen Industrie, wo zum Teil auch nachts gearbeitet wird, ist die Erwerbsarbeit der Frau nicht zurückgegangen, obgleich die Frau in der Nachtarbeit nicht beschäftigt wird, höchstens bis 10 Uhr abends. In der Streichholzindustrie sind mehr als 50 Prozent der Beschäftigten Arbeiterinnen. Sie sind für die Arbeit in dieser Industrie unentbehrlich auf Grund ihrer Fingerfertigkeit und Anpassungsfähigkeit. Das trifft für die Konservenindustrie ebenfalls zu, dort sind 90 Prozent aller Beschäftigten Arbeiterinnen. Wer die Unterleibsleiden, die geschwollenen Füße, die Hautausschläge und sonstigen Schäden, die durch die Hitze und schädlichen Dämpfe entstehen, kennt, und wer selbst diesen Gefahren ausgesetzt ist, der muß für Arbeiterinnenschutz kämpfen bis zum letzten. Und Gertrud Hanna hatte recht, als sie sagte: Die Damen, die für Aufhebung des Arbeiterinnenschutzes sind, stehen auf einem verlorenen Posten!

Folgende beachtliche Entschließung wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Die in der am 18. Juni 1929 im Lehrervereinshaus tagenden öffentlichen Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Berlins anwesenden Frauen wiederholen die Zustimmung zu den Beschlüssen des internationalen Gewerkschaftskongresses in Paris 1927 und des internationalen Sozialistenkongresses in Brüssel 1928, die sich beide einmütig dahin aussprachen, daß für die erwerbstätigen Frauen ein ausreichender gesetzlicher Schutz notwendig sei.

Die anwesenden Versammelten verpflichten sich, für die Durchführung dieser Auffassung mit allen hierzu geeigneten Mitteln zu kämpfen. Als Wichtigstes betrachten sie den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, die ihr den Einfluß auf die Gesetzgebung und die Organe zur Durchführung des Arbeiterschutzes garantieren.

Die Versammelten verpflichten sich ferner, dahin zu wirken, daß in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer der Einfluß der Frauen verstärkt wird, um den berechtigten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der weiblichen Arbeitnehmer in ihren Organisationen und in der Gesetzgebung größeren Nachdruck zu verleihen."

Warum müssen wir Frauen unser Wahlrecht ausüben?

(Was Frau Kluge vor der sächsischen Wahl ihrer Kollegin sagte.)

Kollegin, du meinst also wirklich, daß es nicht notwendig ist, daß sich heute abend die Frauen in der Versammlung über die Bedeutung der Wahl und die damit zusammenhängenden Fragen unterrichten? Stehst du als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter vielleicht noch auf dem Standpunkt vieler Frauen der besitzenden Klassen, daß die Frau ins Haus gehört, wie vor einigen 100 Jahren, und daß alles, was außerhalb ihres engen Wirkungskreises geschieht, die Hausfrau nichts, rein gar nichts angeht?

Ja, Kollegin, dann denke aber auch daran, daß diese „ideale" Hausfrau einen ganz anderen Wirkungskreis hatte, als die Frauen der Gegenwart. Früher wurde doch die ganze Arbeitskraft der Frauen zur Erfüllung ihrer häuslichen Pflichten gebraucht. Sie kochte, wusch, stellte das Brot selber her, sie webte, siedete Seife, zog Lichter, braute Bier, baute selbst ihr Gemüse, züchtete Geflügel, hielt Ziegen, Schafe, Schweine usw. — kurz und gut, sie brauchte kaum zur Beschaffung der täglichen Bedarfsartikel das Haus zu verlassen, denn sie stellte die meisten selbst her. Selbst die Kinder waren ausschließlich ihrer Obhut anvertraut. Sie lehrte die Kinder nicht nur das Sprechen, sondern auch das Lesen, Schreiben und Rechnen. Sie konnte mit ihren Kindern das Werden und Vergehen der Pflanzenwelt beobachten und es lag in ihrer Hand, die Kinder mit den ursächlichen Zusammenhängen der Natur vertraut zu machen. Dies alles hat sich durch die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens wesentlich geändert.

Zu jener Zeit hatte also die Redewendung „Die Frau gehört ins Haus!" noch einen gewissen Sinn. Heute dagegen ist dies lange nicht mehr so, denn die Tätigkeit der Frau der Gegenwart spielt sich mindestens in gleichem Maße außerhalb des Hauses wie im Hause ab. Viele Aufgaben der Hausfrau früherer Zeiten sind ihnen abgenommen worden und werden von anderen erledigt. Schon die Beschaffung der täglichen Bedarfsartikel bringt die heutige Arbeiterin und Hausfrau durch Einkauf viel mehr mit der Außenwelt in Berührung. Selbst die Pflege und Erziehung ihrer Kinder ist nicht mehr Aufgabe der Frau allein, sondern sie muß sich mit der Schule darin teilen. Diese Befreiung von so wesentlichen Aufgaben und deren Übernahme durch öffentliche, industrielle und behördliche Einrichtungen ist eine Entwicklungserscheinung, die niemand aufhalten kann, wenn sich die Frauen auch noch so sehr dagegen sträuben. Diese Entwicklung hat aber zur Folge, daß die sonst vollausgenützte Kraft der Hausfrau heute vielfach ungenützt bleibt. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die Frau sich vor der Tatsache der Umwandlung verschließt und sich einbildet, sie brauche sich um das, was draußen vor sich geht, nicht zu kümmern.

Kollegin, weißt du auch, daß du deine Pflichten sehr schlecht erfüllst, wenn du dich durch die Nichtausübung deines Wahlrechts von der Teilnahme am öffentlichen Leben ausschließt? Wenn du dich nicht darum kümmerst, ob die Waren, die du einkaufst, durch falsche Zollpolitik verteuert, oder ob das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die Invaliden-, Kranken- und Angestelltenversicherung verschlechtert oder gar zu Fall gebracht werden?

Kollegin, würde nicht gerade dich oder deine Familie eine wesentliche Verschlechterung dieser Einrichtungen am härtesten treffen? Würdest du mit deiner Familie nicht dann der größten Not entgegen gehen?

Oder ist es dir als Arbeiterin und Mutter völlig gleichgültig, ob die Schule sich zur moderneren Form durchringt oder in ihrem heutigen starren System weiterhin bestehen bleibt? Willst du als Arbeiterin zusehen, wie die Unternehmer eifrig bestrebt sind, die Arbeitszeit zu verlängern und deine Freizeit zu verkürzen, wie auch den Tarifvertrag abzuschaffen? Das sind doch die einzigen Schutzgesetze deiner Arbeitskraft. Alle diese Fragen gilt es zu prüfen, wenn du zur Beteiligung an einer Wahl aufgefordert wirst.

Kollegin! Die erfahrene und aufgeklärte Arbeiterin hat längst erkannt, daß ihr zwar durch die wirtschaftliche Entwicklung viele Aufgaben im Haushalt abgenommen, zum anderen ihr aber durch die stetig zunehmende Erwerbsarbeit der Frauen weit größere und wichtigere Pflichten auferlegt wurden.

Politische und soziale Gleichheit.

Die sozialdemokratische Gleichheit ist etwas ganz anderes als die fade politische Gleichheit, mit der unsere liberalen Parteien das Volk abspeisen möchten. Sie wollen die politische Gleichheit, damit wir ihnen helfen sollen, ein Regiment etablieren, wo sie uns zur Erhaltung und Vermehrung ihres Reichtums recht weidlich gebrauchen können. Unsere Gleichheit aber zielt dahin, diesen Reichtum dem wiederzugeben, der ihn durch seine angestrengte Arbeit nach und nach im Verlaufe der Geschichte erzeugt hat, nämlich dem Volke.

Dietzgen.

Beides — die Regelung deiner Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie auch die Pflichten deines Haushaltes — legen dir eine doppelte Verantwortung auf.

Allerdings haben noch recht viele unserer Arbeiterinnen nicht den Wert und die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschlusses erkannt. Sie sind sich auch heute noch nicht der Vorteile, die die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft bisher schon für den Ausbau des Arbeitsschutzes und für die Verbesserung der sonstigen Lebensbedingungen geschaffen haben, noch nicht bewußt. Aber sich der Gesamtarbeiterschaft — und darin bist du, Kollegin, nur ein einziges, winziges Glied —, der eigenen Familie, dem eigenen Haushalt gegenüber verantwortlich fühlen, das heißt politisch interessiert sein. Schon um die Erziehung und Schulbildung der Kinder kümmern, macht notwendig, sich schulpolitisch zu interessieren; sich um die Berufsausbildung der Söhne und Töchter kümmern zu wollen, zwingt dazu, sich sozial- und wirtschaftspolitisch zu unterrichten. Wer für die dringend notwendige Verbesserung der Lebenshaltung kämpfen will, muß sich um Gewerkschafts-, Konsum- und abermals um Wirtschaftspolitik kümmern.

Als Arbeiterin, Mutter und Hausfrau muß auch von dir, Kollegin, die regste Anteilnahme an den Maßnahmen der staatlichen Gesundheitsfürsorge erwartet und gefordert werden. Und der Anfang zu einer erhöhten Teilnahme und zu einem lebhafteren Interesse am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben ist die Ausübung des Rechtes, das die Reichsverfassung jeder über 20 Jahre alten Frau zusichert, die Ausübung des Wahlrechtes, und weiter müssen sich die Frauen mit regem Interesse über alle Fragen unterrichten, die mit ihrem Arbeitsverhältnis und in irgendeiner Form mit dem Familienleben in Zusammenhang stehen.

Darum, Kollegin, sorge auch du mit dafür, daß alle deine Mitarbeiterinnen unsere Veranstaltungen besuchen, in denen durch wertvolle Vorträge über alle erwähnten Fragen Aufklärung gegeben wird. Beteiligen sich recht viele Kolleginnen an der — gerade unter den Arbeiterinnen — so notwendigen Kleinarbeit, dann wird in absehbarer Zeit auch ein Erfolg im Aus- und Aufbau unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen sein.

Emmy Rumberger.

Die Frauenarbeit in der russischen Industrie.

(RSD.) Die Frauenarbeit in der russischen Industrie macht in den letzten Jahren eine charakteristische Entwicklung durch. In einer Reihe von Industriezweigen, insbesondere in denen, die sich seit jeher durch einen bedeutenden Anteil der Frauenarbeit auszeichnen, läßt sich die Tendenz zu einer leichten Zunahme der Frauenarbeit feststellen. So ist der Prozentsatz der Frauen unter der Arbeiterschaft der Textilindustrie vom 1. Januar 1923 bis zum 1. Januar 1928 von 58,2 auf 59,6 v. H. gestiegen, in der Nahrungsmittelindustrie stieg der Anteil der Frauen in der gleichen Zeit von 26,1 auf 29,0 v. H., in der Gummiwarenindustrie von 49,8 auf 56,6 v. H. In der Berg- und in der Metallindustrie dagegen, in die die Frauenarbeit erst in den Kriegs- und Nachkriegsjahren in größerem Maße eingedrungen ist, geht der Anteil der Frauen stark zurück: er sank im Laufe des Jahrfünfts in der Bergindustrie von 11,8 auf 8,7 v. H., in der Metallindustrie von 13,7 auf 9,3 v. H. Auffallend ist der Rückgang der Frauenarbeit auch in der Papierindustrie: von 30,7 v. H. am 1. Januar 1923 auf 29,3 v. H. am 1. Januar 1928. Im Durchschnitt der gesamten Industrie blieb der Anteil der Frauenarbeit in den letzten Jahren, wie aus der folgenden Zusammenstellung zu ersehen ist, ungefähr der gleiche:

	Zahl der Arbeiterinnen in der Industrie	in v. H. der Gesamtzahl der Industriearbeiter
am 1. Januar 1923 . .	413 309	28,4
am 1. Januar 1924 . .	423 168	27,4
am 1. Januar 1925 . .	510 300	28,8
am 1. Januar 1926 . .	675 822	28,4
am 1. Januar 1927 . .	706 663	28,4
am 1. Januar 1928 . .	759 988	28,7

„Die quantitative Zunahme der Frauenarbeit vollzieht sich hauptsächlich in den Industriezweigen, in denen die Frauenarbeit breite Verwendung findet", bemerkt der Bericht des Arbeitskommissariats der UdSSR. für 1927 und 1928, dem wir die obigen Annahmen entnehmen. „Von dem Gesamtzuwachs der Zahl der Arbeiterinnen um 243 085 im Laufe des Jahrfünfts", heißt es in dem Bericht, „entfällt der weitaus größte Teil (214 117) auf die Textilindustrie, während das Eindringen der Frauenarbeit in neue Produktionszweige, in denen die Frauenarbeit nur in beschränktem Ausmaß Verwendung findet, nur äußerst langsam vor sich geht."

Berichte aus den Zahlstellen.

Altenburg. Paul Sandig †. Einen schweren Verlust hat unsere Zahlstelle und insbesondere der Bezirk Meuselwitz erlitten. Am 21. Juni 1929 ist der Kollege Paul Sandig einer tückischen Lungenentzündung erlegen. Ein unermüdlicher Kämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft von Meuselwitz hat die Augen für immer geschlossen. In Paul Sandig war ein Stück Geschichte des früheren Porzellanarbeiter-Verbandes verkörpert. Fast 25 Jahre hat er in vorderster Linie für die Arbeiterschaft gewirkt. Selten gab es eine wichtige Konferenz oder Sitzung, bei der Paul Sandig seine Meuselwitzer Kollegen nicht persönlich vertrat. Kein Weg war zu weit, keine Aufgabe zu schwierig, daß sie nicht von Paul Sandig übernommen wurde. Auch nach der Verschmelzung stellte er seine ganze Kraft in den Dienst der neuen, größeren Organisation. Vom 1. August 1926 bis 31. Dezember 1928 war Paul Sandig Mitglied der Ortsverwaltung und Revisor. Bis zu seinem Tode war er Vorsitzender des Bezirkes Meuselwitz. Unter Führung von Paul Sandig ist die Verschmelzung reibungslos vor sich gegangen. Neben dieser Arbeit für die wirtschaftliche Organisation fand Paul Sandig noch Zeit, auch in anderen Zweigen der Arbeiterbewegung zu wirken. Im Stadtrat, dessen Vorsitzender er war, in der Ortskrankenkasse, in der Konsumbewegung und vor allem in der Wohlfahrtspflege, war er rastlos tätig. Die Arbeiterwohlfahrt übertrug ihm vor einem Jahre den Posten eines Geschäftsführers in ihrem Heim. Überall hat er sein Amt vorbildlich geführt. Sein Tod hinterläßt eine Lücke, die nicht leicht auszufüllen ist. Seine Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung sichert Paul Sandig ein bleibendes Andenken.

Merseburg. Wiedereinführung des Achtstundentages im Leunawerk. Im Leunawerk wurden seit Monaten größere Entlassungen vorgenommen. Die freien Gewerkschaften vertreten die Ansicht, daß es möglich sei, durch Wiedereinführung des Achtstundentages die Entlassungen zu verhindern. Um den Schein zu erwecken, als ob die Opposition, die die Mehrheit im Betriebsrat hat, auch etwas in dieser Sache unternimmt, wurde vom Betriebsratsvorsitzenden Heinrich Schmitt zum 31. Mai eine Betriebsratssitzung einberufen. Nachdem der Vorsitzende über die Entlassungen berichtet hatte, wurde folgende Entschließung vorgelegt.

Entschließung:

1. Der Betriebsrat nimmt Kenntnis von der angekündigten Betriebseinschränkung und der damit begründeten Entlassung eines größeren Teiles der Arbeiterschaft. Der Betriebsrat vertritt den Standpunkt, daß erst der Achtstundentag im Ammoniakwerk verwirklicht werden müsse, bevor zu weiteren Entlassungen geschritten werde, zumal noch immer 9300 Arbeiter täglich neun Stunden arbeiten. Der Betriebsrat wird beauftragt, diese Stellungnahme des Betriebsrates bei der Werksleitung zu vertreten.

2. Da aber der Reichsrahmentarif in seiner heutigen Fassung den neunstündigen Arbeitstag zuläßt, erwartet der Betriebsrat von den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen, daß sie den Antrag des Betriebsrates durch Kündigung des Reichsrahmentarifes tatkräftig unterstützen.

Leuna-Werk, den 31. Mai 1929.

Die anwesenden Organisationsvertreter wandten sich gegen den Abs. 2 der Entschließung und verlangten eine getrennte Abstimmung. Lange, Fabrikarbeiter-Verband, beantragte die Streichung des Absatz 2, da der Reichsrahmentarif ja den Achtstundentag vorsehe und die Neunstundenschicht nur eine Ausnahme darstelle. Wenn die Stickstofflager überfüllt seien und Betriebsabteilungen stillgelegt würden, so rechtfertigen diese wirtschaftlichen Verhältnisse die Wiedereinführung des Achtstundentages ohne Kündigung des Reichsrahmentarifes. Die von uns beantragte getrennte Abstimmung über die Entschließung ließ der Betriebsratsvorsitzende Schmitt nicht zu, so daß die Gesamt-Entschließung mit 13 Stimmen gegen 17 Stimmenthaltungen angenommen wurde. Die Entschließung selbst ist aber dann der Werksleitung nicht eingereicht worden. Inzwischen hatten die freien Organisationen erneut zu der Frage Stellung genommen. Unser Gauleiter, Kollege Schneider, ersuchte den Arbeitgeber-Verband der Chemischen Industrie um eine Besprechung in dieser Angelegenheit. Kollege Schneider beantragte gleichzeitig die Hinzuziehung eines Vertreters des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Diese Sitzung hat dann am 7. Juni 1929 unter Hinzuziehung des Betriebsausschusses mit der Werksleitung stattgefunden. Nachdem Kollege Schneider die Forderungen der Organisationen begründet hatte, setzte eine lebhafte Aussprache ein, an der sich von der Werksleitung Herr Dr. Höing und vom Arbeitgeber-Verband Herr Dr. Franke beteiligten.

Die Besprechung hatte folgendes Ergebnis:

Das Ammoniakwerk Merseburg, G. m. b. H., wird die Arbeitszeit der in der Tagesschicht beschäftigten Arbeiter vom 17. Juni an auf täglich acht Stunden reduzieren, mit Ausnahme folgender Betriebe:

1. Kesselschmiede,
2. Wagenreparatur,
3. Lokomotivreparatur,
4. Fabrikspenglerei,
5. Transportbetrieb,
6. Analytisches Laboratorium,

die aus wirtschaftlichen Gründen auch weiterhin die neunstündige Arbeitszeit beibehalten müssen.

Stettin. Am Sonntag, dem 16. Juni 1929, feierte die Zahlstelle Stettin und Umgegend bei schönstem Wetter das Fest der Fahnenweihe. Aus dem Gau 4 waren die Zahlstellen Rostock, Kolberg, Jatznick, Friedland, Pyritz, Gollnow, Woldegk, Löcknitz, Greifenhagen, Jarnglaff, Labes, Swinemünde, Lebbin, Stargard und Klützow, Fiddichow und Körlin vertreten, von denen zwölf Fahnennägel gestiftet wurden. Die Zahlstellen Schwaan und Malchin hatten je einen Fahnennagel übersandt. Von der Zahlstelle Lebbin kamen über 250 Personen zu unserer Feier.

Um 12¼ Uhr erfolgte der Abmarsch vom Volkshause nach dem Charlottenmarkt, wo die Fahne geweiht wurde. Der erste Bevollmächtigte der Zahlstelle Stettin, Kollege Künder, bewillkommnete die Erschienenen. Ein von Fräulein Themsfeldt gut gesprochener Prolog leitete den Weiheakt ein. Der Arbeitergesangverein „Vorwärts" sang den Völkermai. Die Weihe nahm der Kollege Partzsch vom Hauptvorstande vor. Er wies in seiner Ansprache auf die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung hin und verglich die Organisation der 40 Jahre zurückliegenden Zeit mit einem kleinen Schifflein auf sturmbewegtem Meer. Heute aber sei der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands mit den Ozeanriesen zu vergleichen, die ungeachtet aller Stürme ihren Weg ziehen.

So ist unsere Organisation gewachsen, so wird sie sich weiterentwickeln: Stets kampfbereit für die unterdrückten Klassengenossen. Die Losung unseres Strebens ist: Empor! Der innere Gehalt unserer Feste ist Solidarität. Diesem höchsten Gebot der klassenbewußten Arbeiterbewegung müssen wir überall Geltung verschaffen. Unsere Pflicht ist es, die Sonnenstrahlen der Vernunft weiterzuleiten in die Arbeitergruppen, die sich noch bedingungslos dem kapitalistischen System verdingen. Sie müssen erfahren, daß wir geschlossen eine Macht sind. Wir sind die Fackelträger einer neuen, besseren Zukunft. Diese Fahne, die wir heute weihen, ist das Symbol der Treue nach innen und das Symbol der Sammlung nach außen.

Die Fahnenjungfrauen übereichten hierauf dem Kollegen Partzsch die Fahne, der sie enthüllte und in althergebrachter Weise weihte. Kollege Partzsch schloß mit dem Bekenntnis, daß so, wie das 19. Jahrhundert von dem Bürgertum beherrscht wurde, das 20. Jahrhundert im Zeichen der Herrschaft der Arbeiterschaft stehen solle, und übergab dem Fahnenträger Kollegen Hinz die Fahne. Der Gesangverein „Vorwärts" schloß den Weiheakt mit dem Liede Tord Foleson.

Die Glückwünsche des Bezirksausschusses des ADGB. Pommern und Mecklenburg-Strelitz übermittelte Kollege Wiesenhütter, der den Wunsch ausdrückte, daß die Mitglieder der Zahlstelle Stettin noch mehr Idealismus als bisher bezeugen möchten und schloß mit einem Hoch auf die internationale freie Gewerkschaftsbewegung. — Die Glückwünsche des Ortsausschusses Stettin des ADGB. überbrachte der Kollege Dollase. Er schloß mit einem Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Hierauf marschierte der Festzug, an dem sich auch viele Gewerkschaften des ADGB. Stettin beteiligten, nach dem Festlokal „Johannistal".

Der Einheitsverband der Eisenbahner Stettin, Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband, Buchbinder-Verband und der Polier- und Schachtmeister-Bund übergaben Fahnennägel, für die der Kollege Künder den Dank der Zahlstelle Stettin aussprach.

Das künstlerische Programm wurde von der 26 Mann starken Schupo-Kapelle und dem Arbeitergesangverein „Vorwärts" bestritten, deren Darbietungen ungeteilten Beifall fanden.

Den Abschluß der schönen Feier bildete der Tanz, an dem sich alt und jung vergnügte. Allen denen, die unser Fest verschönten, noch einmal an dieser Stelle unseren herzlichen Dank.

Richard Lersow.

Frauenwert und Frauenleistung.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Bebel.

Was die Tatkraft betrifft, so fand ich diese meist in den unteren Klassen. Viele arme Frauen ernähren ihre Kinder im Schweiße ihres Angesichts und halten die Familie beisammen, die das Laster der Väter längst zerstreut und zerstört hätte. Vornehme Frauen sind zu indolent, um selbständig werktätig zu sein, die Zivilisation hat sie mehr verweichlicht als verfeinert.

Mary Wollstoncroft.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Zum Begriff: Knappschaftlicher Betrieb.

— IIa Kn. 764/26,5 —

Eine wichtige Entscheidung für Arbeiter, die von einem selbständigen Unternehmer zur Verrichtung von Arbeiten im räumlichen Bereiche eines Bergwerkunternehmens angenommen worden sind, hat das Reichsversicherungsamt getroffen. Es handelt sich darum, ob die betreffenden Arbeiter unter die Reichsknappschaftsversicherung .. unter die Versicherung in der zuständigen Allgem. Ortskrankenkasse fallen. Unterstehen diese Arbeiter der Verfügungsgewalt des Unternehmers und werden sie von ihm für eigene Rechnung entlohnt, dann können sie nicht als Arbeiter in dem Bergwerksbetrieb angesehen werden. Zur Entscheidung der Frage, ob ein selbständiger Betrieb ein knappschaftlicher Betrieb im Sinne des § 2 des Reichsknappschaftsgesetzes ist, sind die Spruchbehörden nicht berufen. Diese Frage ist vom Reichsarbeitsminister zu entscheiden.

Diese Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 24. 1. 1929 — IIa Kn. 764/26,5 — ist deshalb wichtig, da bisher Streitigkeiten bestanden haben, wo diese Arbeiter zu versichern sind. Aus der Begründung des Urteils sind folgende Punkte wesentlich:

Der Kläger ist Inhaber eines Tiefbauunternehmens und hat im Bereiche der Bergwerkseigentümerin auf Grund eines Werkvertrages Arbeiten ausgeführt, die sich hauptsächlich auf das Verlegen von Gleisen im Abraum und das Abräumen von angeschlemmtem Sand auf der abgedeckten Kohle erstreckten. Sämtliche Arbeiter waren bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert. Für Unfälle ist die Tiefbauberufsgenossenschaft aufgekommen, da das ganze Unternehmen bei dieser Berufsgenossenschaft versichert war. Gegen den Bescheid des Geschäftsausschusses der Arbeiterabteilung der Brandenburger Knappschaft, der besagte, daß die Arbeiten lediglich der Ausnutzung des Bergwerkseigentums gedient hätten, und daher als in einem knappschaftlichen Betrieb anzusehen seien, hat der Kläger Einspruch erhoben und geltend gemacht, daß die Arbeiten lediglich Vorbereitungen zur bergmännischen Ausbeutung gewesen sind. Der Berufung war der Erfolg versagt, doch der Revision war er beschieden. Die Allgemeinen Berggesetze können nicht in Anwendung gebracht werden, vielmehr müssen die Vorschriften des Reichsknappschaftsgesetzes vom 23. Juni 1923 angewendet werden.

Nach § 1 des Reichsknappschaftsgesetzes vom 23. Juni 1923 unterliegen Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts in „knappschaftlichen Betrieben" der Versicherung nach diesem Gesetz. § 11 Abs. 1 weist auf die RVO. hin, welche die Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung begründet. § 19 ist mit § 11 in Verbindung zu bringen, und zwar dahingehend, daß nur solche Arbeitnehmer der Pensionsversicherung unterliegen, die nach § 11 der knappschaftlichen Krankenversicherung unterliegen. Das Reichsknappschaftsgesetz vom 1. Juli 1926 hat in der allgemeinen Grundlage hinsichtlich der Krankenversicherung nichts geändert, aber die Voraussetzungen zur Pensionsversicherung vereinfacht. § 28 dieses Gesetzes besagt, daß es nicht mehr des Erfordernisses der Verrichtung knappschaftlicher Arbeit, der Erfüllung besonderer gesundheitlicher Voraussetzungen und der Krankenversicherung in der Reichsknappschaft bedarf. Da die vorgenannten Begriffe: Betrieb und Beschäftigung in einem Betrieb in dem Reichsknappschaftsgesetz nicht klargelegt sind, müssen sie in Übereinstimmung mit allen anderen Sozialversicherungsgesetzen ausgelegt werden. Nach der RVO. ist unter „Betrieb" eine fortdauernde wirtschaftliche Tätigkeit zu verstehen. Unternehmer des Betriebes ist der, für dessen Rechnung der Betrieb geht. Bei einem Ineinandergreifen mehrerer Betriebe muß eine Arbeit dem Betrieb zugerechnet werden, dessen Unternehmer die Arbeiter angenommen hat und für dessen Rechnung Lohn gezahlt wird.

Deshalb können Arbeiter, die von einem selbständigen Unternehmer zur Verrichtung von Arbeiten im räumlichen Bereiche eines Bergwerksunternehmens angenommen worden sind, nur als Arbeiter im Betriebe des fremden Unternehmers, nicht aber als solche des Bergwerksbetriebes angesehen werden.

Da nun alle Voraussetzungen für eine Versicherung bei der Reichsknappschaft fehlen, sind alle Arbeiter, die von einem fremden Unternehmer angenommen, auf dessen Rechnung entlohnt werden und im Bereich eines Bergwerksbetriebes arbeiten, bei der Allgem. Ortskrankenkasse zu versichern. Zu prüfen ist aber, ob es sich nicht um einen Teilbetrieb handelt, der die Voraussetzung der Zugehörigkeit zum knappschaftlichen Betrieb darstellt. Das Reichsversicherungsamt hat auf dem Gebiet der Unfallversicherung wiederholt Abraumarbeiten von Tiefbauunternehmern als selbständig behandelt. Wenn auch schon früher von einem Unternehmer Abraumarbeiten für ein Bergwerksunternehmen geleistet worden sind, so ist auch in der Zukunft dieses Tiefbauunternehmen als selbständig anzusehen.

Die Entscheidung der Frage, ob es sich um einen knappschaftlichen oder selbständigen Betrieb handelt, liegt nicht den Spruchbehörden ob, sondern gehört in das Ressort des Reichsarbeitsministers. Dessen Entscheidung ist dann bindend.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Mitgliederzahlen des norwegischen Gewerkschaftsbundes.

(IGB.) Die gewerkschaftliche Landeszentrale Norwegens konnte im Jahre 1928 einen erfreulichen Fortschritt verzeichnen. Ihre Mitgliederzahl ist von 94 000 Ende 1927 auf 103 000 Ende 1928 gestiegen. Der Mitgliederzuwachs hat sich auch im Jahre 1929 fortgesetzt, so daß die Landeszentrale zur Zeit 107 000 Mitglieder zählt, die sich auf 31 Verbände verteilen.

Gewerkschafter in der Regierung Macdonald.

(IGB.) Die britische Gewerkschaftsbewegung ist in der Arbeiterregierung Macdonalds gleich stark vertreten wie im Unterhaus. In der Arbeiterregierung des Jahres 1924 bewiesen die Vertreter der Gewerkschaften ihre Fähigkeiten in der Leitung verschiedener Regierungsposten. Der neue Ministerpräsident hat sich deshalb auch bei der jetzigen Regierungsbildung wieder an eine ganze Reihe von Gewerkschaftern gewandt.

J. H. Thomas, ehemaliger Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes und politischer Sekretär des britischen Eisenbahnerverbandes, hat das schwierige Amt eines Ministers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übernommen. Margaret Bondfield, die die erste Angestellte des Nationalverbandes der ungelernten Gemeindearbeiter ist und bereits einmal — als erste Frau — dem Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes präsidierte, leitet das Arbeitsministerium. J. R. Clynes, Vorsitzender des Nationalverbandes der ungelernten und Gemeindearbeiter, ist zum Innenminister ernannt worden. Tom Shaw, Sekretär der Textilarbeiter-Internationale und Arbeitsminister in der letzten Arbeiterregierung, bekleidet den Posten des Kriegsministers. W. Adamson, der während 27 Jahren als Bergarbeiter wirksam war, ist zum Staatssekretär für Schottland ernannt worden. Arthur Henderson, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der allerdings zur Zeit nicht mehr aktiv in der Gewerkschaftsbewegung steht, war früher ebenfalls Gewerkschaftsbeamter und ist heute noch Ehrenvorsitzender des Nationalverbandes der Gießereiarbeiter. Pensionsminister F. O. Roberts war seit vielen Jahren Gewerkschaftsbeamter des Typographenverbandes.

Aus der russischen Gewerkschaftsbewegung.

In der russischen Gewerkschaftsbewegung vollziehen sich zur Zeit Umwälzungen, die nicht ohne Interesse für den sind, der die Rolle der russischen Gewerkschaften im Sowjetstaate kennt. Zwischen dem radikalen Auftreten auf ausländischen Tagungen, dem noch radikaleren Ton der russischen Zeitungen und der wirklichen Bedeutung der russischen Gewerkschaften in der Sowjetunion selbst besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz. Von den heftigen Auseinandersetzungen, die die russischen Vertreter durch ihre wüsten Schimpfereien in der Vorstandssitzung der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter in Stockholm hervorriefen und die mit dem Austritt des russischen Nahrungsmittelarbeiterverbandes aus der Internationalen Union endeten, haben wir schon in der letzten Nummer unserer Zeitung berichtet. Auch auf dem norwegischen Metallarbeiterkongreß führte das Auftreten des Vertreters des russischen Metallarbeiterverbandes, Lukowzew, zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der russische Vertreter mißbrauchte das Gastrecht in einer solchen Weise, daß die Stimmung der Delegierten, die anfänglich der Zusammenarbeit mit den Russen günstig war, vollkommen umschlug und in einer scharfen Ablehnung der russischen Schimpfereien Ausdruck fand.

Dieses radikale Auftreten außerhalb der russischen Sowjetunion steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Einflußlosigkeit der russischen Gewerkschaften in Rußland selbst. War der Einfluß, den die russischen Arbeiterorganisationen auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben konnten — von einem Einfluß auf die Wirtschaftsführung gar nicht zu reden — schon vorher sehr gering, so ist es damit in letzter Zeit noch schlechter geworden.

Der Führer der russischen Gewerkschaften, Tomski, ist durch Beschluß der kommunistischen Parteizentrale von seinem Posten entfernt und durch einen Beauftragten Stalins ersetzt worden. „Lohnerhöhungen nur soweit und nur dann, wenn sie das Interesse des Staates an der Wirtschaft nicht gefährden," — der Satz zeigt die schiefe Stellung der russischen Gewerkschaften sehr deutlich —, war einer der Hauptsätze aus Tomskis Programm. Und selbst das ist Stalin wahrscheinlich noch zu radikal. Tatsächlich ist mit der Ersetzung Tomskis durch einen noch willkürlicheren Lakaien Stalins die vollkommene Unterstellung der russischen Gewerkschaften unter die Diktatur der Partei eingeleitet. Die Strömung der russischen Kommunistischen Partei, die die „Militarisierung der Gewerkschaften" betreibt, scheint nun die Oberhand gewonnen zu haben. Fortan werden die Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch viel weniger zu sagen haben. Das hat sich kürzlich auch in anderer Beziehung gezeigt. Die russische Arbeitslosenversicherung ist vor einigen Tagen wieder erheblich verschlechtert worden. Nach dem neuesten Erl[illegible] des russischen Volkskommissars der Arbeit — nach dem „Trud" vom 12. Juni — sollen alle Saisonarbeiter, die vom flachen Lande in die Städte ziehen, z. B. Bauarbeiter, keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben, wenn sie in die Stadt kommen, ohne von den Arbeitsnachweisen dahin vermittelt zu sein. In der russischen Presse ließ man recht wenig von einem Widerstand der Gewerkschaften gegen diese beträchtliche Verschlechterung der russischen Arbeitslosenversicherung, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil sie keinen Widerstand äußern dürfen und noch viel weniger durchsetzen können.

Um so komischer wirkt ihre Entrüstung über die reformistischen deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die nach den Auslassungen des „Trud" dem Vorgehen der deutschen Unternehmer gegen die deutsche Sozialversicherung zu wenig Widerstand entgegensetzen.

Wirtschaftliches.

Hohe Löhne, aber noch höhere Gewinne der amerikanischen Industrie.

Die an Widersprüchen reiche amerikanische Wirtschaft wird immer wieder zum Gegenstand ernsthaften Studiums gemacht. Die „Voss. Ztg." hat einen Sonderberichterstatter nach den Industriebezirken der Vereinigten Staaten entsandt, der dort nach längeren Beobachtungen feststellte, daß die Lohnsätze sich auch heute noch in aufsteigender Richtung bewegen. Die durchschnittlich höchsten Lohnsätze zahlt die Eisen- und Stahlindustrie mit 40,65 Dollar je Woche. Die niedrigsten Löhne mit 15 Dollar die Woche werden von der Textilindustrie der Südstaaten gezahlt. Für alle Industrien Amerikas ergibt sich ein wöchentlicher Lohndurchschnitt von 28,9 Dollar. 1921 betrug der Lohndurchschnitt 22,7 Dollar. Die Löhne haben also eine ständige Steigerung erfahren. In noch schnellerem Tempo sind aber die Gewinne gestiegen. Der betreffende Berichterstatter schreibt darüber folgendes:

„Es ist unschwer festzustellen, daß der Lohn zwar gestiegen ist, aber nicht im gleichen Tempo mit den Gewinnen, die die amerikanische Industrie abgeworfen hat. Die bilanzmäßigen Reinerträge der amerikanischen Wirtschaftsbetriebe sind von 1927 auf 1928 um 14 Prozent angewachsen, während die Löhne in beiden Jahren fast völlig stabil blieben und erst später, und zwar im laufenden Kalenderjahr, anzuziehen begannen. Es ist eine entscheidende Änderung in der Lohnpolitik eingetreten. Zu Beginn des Aufstieges der amerikanischen Wirtschaft zogen zuerst die Löhne an, und erst dann steigerte sich die Prosperität. Heute vermehren sich zuerst die Kapitalgewinne und hinterher erst profitiert der Arbeiter vom Mehrgewinn des Lohnherrn. Schon in dieser veränderten Situation liegt eine Berechtigung zu der Annahme, daß die Prosperität begonnen hat, sich langsamer in die breiten Volksschichten zu verpflanzen. Die Prosperität hat an Reichweite eingebüßt."

Im ferneren Verlauf der Ausführungen wird dargelegt, daß der Beschäftigungsgrad gegenwärtig 90 gegenüber der Vergleichsziffer 100 des Jahres 1920 beträgt. „Der zehnprozentige Lohndurchschnitt im Beschäftigungsgrad zwischen 1920 und 1929 erfaßt 3 Millionen Köpfe. Hieraus läßt sich folgern, daß die amerikanische Industrie heute Löhne zahlt, die, auf den einzelnen Arbeiter berechnet, wohl die Prosperität des Landes widerspiegeln, von denen aber die Gesamtheit weniger profitiert als in früheren Jahren. Die Prosperität hat an Reichweite verloren und an Umfang zugenommen." Auch in Amerika bestätigt sich der alte Satz, daß hohe Löhne nur für kurze Zeit die Gewinnsätze zu vermindern in der Lage sind. Nach dieser Übergangszeit wird das alte Verhältnis wieder hergestellt, und die Gewinnsteigerung nimmt ein verstärktes Tempo an.

Genossenschaftsbewegung.

Die Entwicklung der Bauhüttenbewegung in den letzten Jahren.

Die Bauhüttenbewegung hat sich auch in den letzten Jahren günstig entwickelt. Die nachstehenden Zahlen zeigen ihren Aufstieg:

Jahr	Durchschnittl. Beschäftigte	Höchstzahl der Beschäftigten	Umsatz	Steigerung des Umsatzes seit 1924
1924	13 643	22 294	rund 41 Mill.	—
1925	15 631	22 611	rund 68 Mill.	66%
1926	16 525	23 691	rund 81 Mill.	98%
1927	18 645	25 186	rund 103 Mill.	151%
1928	18 765	26 896	rund 121 Mill.	195%

Diese Steigerung der Beschäftigtenzahlen und des Umsatzes ist erreicht worden, obwohl der Verband sozialer Baubetriebe in den letzten Jahren eine Anzahl kranker und geistig nicht auf die Bauhüttenbewegung eingestellter Betriebe abgestoßen hat. Auch innerlich ist die Bewegung bedeutend erstarkt. Die Entwicklung des Eigenkapitals der Betriebe seit 1924 gibt darüber Aufschluß:

Jahr	Stammkapital der Betriebe	Bilanzmäßig ausgewiesene Reserven	Überschuß der Gesamtgewinne über die Gesamtverluste	Gesamtes Eigenkapital	Steigerung seit 1924
1924	2 158 083	818 170	702 221	3 678 474	—
1925	3 180 069	937 647	113 409	4 231 065	15 %
1926	3 227 319	1 277 756	143 190	4 648 265	26,3 %
1927	3 767 070	1 387 371	14 419	5 168 860	40 %
1928	4 778 151	1 691 024	619 721	7 088 896	92,7 %

In der günstigen Entwicklung der Bewegung haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände durch die Gründung und Förderung des Verbandes sozialer Baubetriebe sehr stark beigetragen. Sie gaben dem VfB. bis Ende 1928 ein Stammkapital von 3 Millionen Reichsmark. (Inzwischen wurde das Stammkapital auf 4 Millionen Reichsmark erhöht.) Von diesem Kapital hatte der VfB. Ende 1928 rund 2¾ Millionen Reichsmark in Form von Beteiligungen bei den angeschlossenen Betrieben angelegt. Weitere erhebliche Beteiligungen hatten die örtlichen und bezirklichen Verwaltungsstellen der Gewerkschaften aufgebracht. Die Gewerkschaften sind dadurch fast alleinige Besitzer der sozialen Baubetriebe Deutschlands.

Die Gewerkschaften haben diesen Teil der Bauwirtschaft dem privaten Unternehmertum entrissen, und damit ein, wenn auch vorläufig nur kleines, Stück Wirtschaftsdemokratie praktisch verwirklicht. Sie werden es am weiteren Ausbau der Bewegung nicht fehlen lassen. Das Ziel der Bauhüttenbewegung ist die Überführung der gesamten Bauwirtschaft in die Verfügungsgewalt der Gewerkschaften.

Rundschau.

Die Wohnverhältnisse der kinderreichen Familien.

Die Reichswohnungszählung des Jahres 1927 befaßt sich in einer Sonderuntersuchung mit den Wohnverhältnissen der kinderreichen Familien in deutschen Großstädten. Nach diesen Untersuchungen ist jede fünfzehnte deutsche Familie als kinderreich zu betrachten, d. h. sie besitzt mindestens vier ledige Kinder, von denen wenigstens eins unter 18 Jahren alt ist. Jede dreißigste Familie weist sogar mindestens vier Kinder unter 18 Jahren auf, während im Durchschnitt auf eine kinderreiche Familie in deutschen Großstädten fünf Kinder entfallen. Die überwiegende Mehrzahl der kinderreichen Familien (drei Fünftel sämtlicher Familien) wohnt in drei- und vierräumigen Wohnungen. Nur ein Fünftel besitzt Wohnungen mit fünf und mehr Räumen, während ein Zehntel der kinderreichen Familien sich mit Kleinstwohnungen von ein bis zwei Räumen begnügen muß. Das Wohnungselend vieler dieser Familien wird besonders kraß durch den Hinweis beleuchtet, daß jede achte Familie gezwungen war, noch Untermieter aufzunehmen. Sogar in den einräumigen Wohnungen finden wir Familien mit Untermietern, und sogar mit Untermieterfamilien. Die ungünstigen Wohnverhältnisse der kinderreichen Familien werden deutlich durch die Wohnungsüberfüllung zum Ausdruck gebracht. Entfallen durchschnittlich in Deutschland auf die einzelne Wohnung rund vier Personen, so bei den kinderreichen Familien rund sieben Personen, d. h. fast die Hälfte aller kinderreichen Familien leben in überfüllten Wohnungen. In den einzelnen Großstädten ist der Anteil der kinderreichen Familien sehr verschieden. Während in der Stadt Hindenburg (Oberschlesien) 20 Prozent aller Familien kinderreich sind und ähnliche Verhältnisse in den Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes angetroffen werden, haben Städte wie Hamburg, Braunschweig und Berlin einen sehr viel geringeren Anteil an kinderreichen Familien, Berlin sogar nur einen Anteil von 3 Prozent.

Die Fahrräder werden teurer.

Die Vereinigung der deutschen Fahrradfabrikanten hat kürzlich beschlossen, die Preise für Fahrräder mit sofortiger Wirkung um 3 Mark zu erhöhen. Der Konsument wird natürlich höher belastet, weil ja die Handelszuschläge prozentual erfolgen. Begründet wird diese Erhöhung mit den gestiegenen Gestehungskosten. Die Krise in der Fahrradindustrie wird dadurch nicht beseitigt, sondern eher noch erhöht. Die Arbeiter können sich vor dieser Erhöhung schützen, indem sie ihre Einkäufe bei dem Lindcar-Fahrradwerk decken. Dieses ist natürlich an dem Beschluß der Fahrradfabrikanten nicht gebunden.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Hirschberg (Schlesien) Artur Bruchmann, Quittungskarte Nr. 875 755.

Literarisches.

Die neueste Erscheinung in der Reihe der Memoirenliteratur ist im Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, herausgekommen: ein Dreimarkband, „Erinnerungen eines Terroristen" von Boris Sawinkow, ins Deutsche übertragen und mit einem Vorwort versehen. Sawinkow gehörte einer Kampforganisation der Sozialrevolutionären Partei an, die ungefähr ein Jahrzehnt vor der großen russischen Revolution die Attentate auf die Häupter der zaristischen Regierung durchführte. Sawinkows Memoiren beziehen sich auf die erste heroische Periode seiner Tätigkeit. Er erzählt von den Attentaten auf den Großfürsten Sergius, auf Plehwe und Durnowo und von der Dezimierung der Kampforganisation durch Provokateure und Spitzel in den eigenen Reihen. Sawinkow führte die Terrorakte mit kaltblütiger Energie durch. Es war sein Schicksal, daß er nicht an die Massenbewegung glaubte und deshalb zu den Akten des Individualterrors seine Zuflucht nahm. Am Ende seines Lebens sah er seinen Irrtum ein und gestand, daß er die Basis des Marxismus nicht hätte verlassen sollen. Sawinkow erzählt von den Attentaten schlicht und ungekünstelt. Mit wachsendem Interesse verfolgt der Leser die Vorbereitungen der Revolutionäre, die sich durch ein Aufgebot von Polizei und Spitzeln an ihr Opfer heranpirschen wie der Jäger an das Wild. Oft scheitern die Attentatspläne, aber schließlich gelingt es ihnen doch, unter Anwendung oft phantastischer Mittel, ihr Ziel zu erreichen. Sie schlagen dem Zarismus tödliche Wunden, aber plötzlich wird das Netz, das die politische Polizei ausgelegt hat, enger. Es wird festgestellt, daß Spitzel in den eigenen Reihen arbeiten. Das Mitglied der Kampforganisation Tatarow wird des Verrats überführt und ermordet, der Priester Gapon, der nach dem Scheitern der ersten Arbeiterdemonstration in Petersburg zu den Sozialrevolutionären flüchtete, wird nach seiner Entlarvung umgebracht, und endlich wird einer der ersten Organisatoren der Kampftruppe, der an fünfzehn Attentaten beteiligt gewesene Asef, ebenfalls entlarvt, der seit dem Jahre 1902 Verbindung mit der Polizei hatte, sie über alles auf dem Laufenden hielt und dafür ein Jahreseinkommen von 14 000 Rubel bekam. Diese traurigen Erfahrungen und die durch die Spitzeltätigkeit eingerissene Unsicherheit lähmte die Kampforganisation und zersetzte sie. Gerade dieser Ausgang des Buches bestätigt die Richtigkeit der sozialistischen Theorie, daß der Klassenkampf nicht geführt werden kann mit Bomben, Gift und Dolch, sondern daß es die sozialistisch geschulten Massen sind, auf deren Schultern Evolution und Revolution vorwärts getragen werden.

„Die Roman-Rundschau", deren Vertrieb in Deutschland durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6a, erfolgt, will den Arbeitern, die für Bücher nur geringe Aufwendungen machen können, die Möglichkeit geben, sich gute Unterhaltungsliteratur zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen. Es erscheinen Romane der bekanntesten und gelesensten Schriftsteller. Die Verlagsgesellschaft des ADGB. bürgt für eine gute Auswahl. Die Bücher werden mit einem soliden und dauerhaften Leinenimitationsband versehen und zum Preise von 1,25 Mk. durchschnittlich abgegeben, bei Massenbestellungen durch Zahlstellenleitungen erheblich billiger. Dem Vorhaben der Verlagsgesellschaft des ADGB. ist im Interesse der guten Sache bestes Gelingen zu wünschen.

Der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gab kürzlich seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1928 heraus. Es ist aus diesem Tätigkeitsbericht zu ersehen, daß trotz der verstärkten kommunistischen Agitation in Berlin der Aufstieg der freien Gewerkschaften nicht aufzuhalten war. Es ist das Jahre 1928, das wie im ganzen Reich so auch in Berlin ein Kampfjahr allerersten Ranges war, ein Zuwachs von rund 42 000 Mitgliedern zu verzeichnen gewesen. Auch finanziell haben sich die Berliner Gewerkschaften günstig entwickelt.

Über alle Erfolge und alle Arbeiten, die die Berliner Gewerkschaften und mit ihnen der Ortsausschuß Berlin des ADGB. geleistet haben, wird in dem vorliegenden Geschäftsbericht ausführlich berichtet. So entsteht ein klares, übersichtliches Bild vom Stande der Berliner Gewerkschaften und der Tätigkeit des Ortsausschusses. Aus dem reichen Inhalt des Geschäftsberichtes seien nur einige Zahlen angegeben: Ende 1927 zählten die Berliner Gewerkschaften 335 700 Mitglieder, Ende 1928 aber 377 659. Das Gesamt-Lokal-Kassenvermögen steigerte sich um mehr als 1¼ Millionen Mark. Es wurden 867 Lohnbewegungen geführt, von denen nur 16 erfolglos blieben. Diese 867 Lohnbewegungen verursachten eine Ausgabe von 1½ Millionen Mark, doppelt so viel als im Jahre 1927. Es gab im Jahre 1928 163 Streiks und 7 Aussperrungen.

Der Geschäftsbericht des Ortsausschusses Berlin ist nicht nur für den örtlich Interessierten eine unschätzbare Materialquelle. Für jeden Gewerkschafter ist es von Nutzen, zu sehen, wieviel erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit durch die freiorganisierte Arbeiterschaft Berlins geleistet wurde.

Beilage zum Proletarier

Nummer 27 — Hannover, 6. Juli 1929 — 38. Jahrgang

Chemische Industrie

Brandkatastrophe in einer chemisch-pharmazeutischen Fabrik in Berlin.

Ein gewaltiges Großfeuer, das selbst bei der Zahl der in den letzten Jahren in Berlin ausgebrochenen Schadenfeuer Aufsehen erregt, hat den Betrieb der Firma Dr. Laboschin, Akt.-Ges., Berlin-Alt-Moabit, vernichtet. Die Firma betrieb in einem sechsstöckigen Gebäude die Fabrikation chemisch-pharmazeutischer Artikel. In letzter Zeit hatte die Firma auch eine Parfümeriefabrik errichtet.

Am 18. Juni, gegen 14½ Uhr, ereignete sich im Betrieb eine Explosion, der ein starker Brand folgte, der sich mit riesiger Schnelligkeit in den einzelnen Stockwerken verbreitete, so daß die Arbeiterschaft sich nur durch schnellste Flucht in Sicherheit bringen konnte. Trotzdem gelang die Flucht nicht allen Arbeiterinnen und Arbeitern, weil das Feuer sich von den unteren Etagen nach den oberen mit riesiger Schnelligkeit verbreitete. Innerhalb 10 Minuten war das ganze Fabrikgebäude ein riesiges Flammenmeer. Zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen war der Weg ins Freie durch Flammen und Qualm abgeschnitten; etwa 25 Personen konnten nur im letzten Augenblick mit größter Anstrengung von der Feuerwehr gerettet werden. Immerhin erlitten verschiedene Arbeiter sehr schwere Verletzungen durch Brandwunden, andere beim Sprung in die Tiefe. Von den durch Brandwunden verletzten Personen ist bisher eine gestorben. Das Unglück hätte leicht mehr Opfer fordern können, denn in der ganzen Fabrikanlage einschließlich zweier anderer Betriebe waren etwa 300 Menschen beschäftigt.

Über die Ursache des Brandes werden folgende Gründe angegeben: An dem Unglückstage lagerte in der im zweiten Stockwerk des Gebäudes gelegenen Expedition Spiritus, der zur Fabrikation von Parfüm diente und der dort angeblich vergällt werden sollte. Dem Expedienten soll ein Kopierstift durch das Spundloch in ein Spiritusfaß gefallen sein. Um wieder in den Besitz dieses Bleistiftes zu gelangen, soll ein Arbeiter den Rat gegeben haben, den Spiritus umzufüllen. Der betreffende Arbeiter soll dann nach einem Gefäß gegangen sein; als er zurückkam, sei ihm der Expedient Woynowski bereits mit brennenden Kleidern entgegengestürzt. Ob diese Aussagen der Wahrheit entsprechen, weiß man noch nicht, da sich die Aussagen widersprechen. Es wird nämlich auch behauptet, Woynowski habe mit einem Streichholz in das Spiritusfaß hineingeleuchtet, und von noch anderen wird wieder gesagt, daß die Explosion bereits in dem Moment erfolgt sei, in dem das Streichholz zündete. Der Angeschuldigte kann leider zu diesem wichtigen Punkte nicht mehr aussagen, da er seinen entsetzlichen Verbrennungen mittlerweile im Krankenhaus erlegen ist. Endgültiges wird wohl erst die kriminalpolizeiliche Untersuchung, die zur Zeit im Gange ist, ergeben, vielleicht aber wird die wahre Ursache dieses entsetzlichen Unglücks, wie in vielen anderen Fällen, niemals zweifelsfrei aufgeklärt werden.

Durch das Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand nach geraumer Zeit gelöscht werden, jedoch ist die Fabrikanlage vollständig zerstört. Sogar von den maschinellen Einrichtungen ist sehr wenig übrig geblieben. Der Schaden soll mehrere Millionen Mark betragen. Durch die Katastrophe sind die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Angestellten arbeitslos geworden. Zunächst wird durch Beschaffung anderweitiger Fabrikationsräume nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft wieder Beschäftigung finden können.

Hätte dies Unglück nach menschlichem Ermessen vermieden werden können? Nach den bisherigen Feststellungen muß diese Frage bejaht werden. Das Unglück hätte bestimmt vermieden werden können, wenn, wie leider heute noch in vielen Fällen, der Umgang mit feuergefährlichen Stoffen nicht in geradezu leichtsinniger Weise gehandhabt würde. In diesem Falle ist die Firma von Schuld nicht freizusprechen, wenn sie geduldet hat, daß derartige Mengen von Sprit (ein äußerst feuergefährlicher, leicht verdampfender Stoff) in einem großen Arbeitssaal aufbewahrt wurden, in dem viele Menschen beschäftigt waren. Solche feuergefährlichen Stoffe müssen unbedingt in feuersicheren Räumen gelagert werden, und auch dort erfordern sie noch erhöhte Aufmerksamkeit. Wenn es weiter zutrifft, daß in Arbeitsräumen der Firma, in denen offene Flammen brannten, mit Äther gearbeitet wurde, so bedeutet das eine ganz wesentliche Vergrößerung der Explosionsgefahren.

Daß es sich bei der Firma Laboschin nicht um einen vereinzelten Fall handelt, beweist der diesjährige Bericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, in welchem wiederum unter den Gründen der Unfallentstehung auf die ungenügende Anweisung beim Umgang mit ätzenden, giftigen und feuergefährlichen Stoffen hingewiesen wird.

Auch der Umstand, daß Explosionen solcher Stoffe, wie Benzin usw. nicht immer durch offene Flammen, sondern durch elektrische Funken infolge sogenannter erlektrischer Aufladung beim Umfüllen usw. entstehen können, findet zu wenig Beachtung. Dieser Vorgang ist zwar heute noch umstritten, jedoch sind in den meisten Betrieben Gefäße mit solchen Flüssigkeiten, die umgefüllt werden usw. zur Sicherheit durch eine Erdleitung geerdet. Das beweist, daß die Explosionsgefährlichkeit dieser Stoffe in Wirklichkeit viel größer ist, als im allgemeinen angenommen wird. Auch der Feuerschutz in dem Betriebe der Firma Laboschin hat sich als unzulänglich erwiesen. Feuerleitern waren an den Gebäuden nicht angebracht. Das ganze Fabrikgebäude mit mehreren Quergebäuden und Seitenflügeln besaß nur drei Ausgänge, die noch besonders ungünstig gelegen waren. Es ist mithin als ein Wunder zu bezeichnen, daß die Brandkatastrophe nicht eine noch größere Anzahl von Opfern gefordert hat.

Es muß angesichts der Mehrung der Brandkatastrophen in letzter Zeit und bei Betrachtung der Ursachen mit Nachdruck gefordert werden, daß im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter dieser Betriebe unter allen Umständen für die nötige Sicherheit gesorgt wird. Der Ruf nach einem schärferen feuerpolizeilichen Überwachungsdienst dieser Betriebe ist gerechtfertigt und muß mit aller Strenge durchgeführt werden. Im Interesse der Arbeiterschaft dürfen keine Ausgaben gescheut werden, die geeignet sind, die Unfall- und Brandgefahren in den Betrieben auf ein möglichst geringes Maß herabzudrücken. Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft muß wichtiger sein, als aller Unternehmergewinn. K. Segerer.

Der Bericht war schon in Druck gegeben, als wir die Nachricht erhielten, daß dies furchtbare Ereignis doch noch ein weiteres Todesopfer gefordert hat. Ein Schriftsetzer hatte so schwere Brandwunden davongetragen und sich außerdem bei dem Absprung auf das Sprungtuch mehrere innere Verletzungen zugezogen, daß er im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen ist. (D. Red.)

Die Kunstseideproduktion der einzelnen Länder in den letzten Jahren.

In Italien wurden amtliche Erhebungen über die Produktion von Kunstseide vorgenommen, die sich auf die Jahre 1926, 1927 und 1928 erstrecken. Man kann an der Hand dieser Erhebung den Wachstum der Kunstseideproduktion in den verschiedenen Ländern verfolgen, besonders aber auch die Art der fertigen Produkte. Nach der Herkunft gliedert sich die Produktion von Kunstseide in den einzelnen Ländern wie folgt:

Herkunft	Mengen in 1000 Pfund 1926	1927	1928
Vereinigte Staaten	62 575	75 050	97 700
England	25 500	38 803	52 000
Italien	35 000	36 000	45 000
Deutschland	26 000	31 000	43 000
Frankreich	17 500	21 000	30 000
Holland	13 500	16 500	18 000
Belgien	13 100	13 500	15 000
Schweiz	8 000	10 340	12 000
Japan	5 500	8 000	14 000
Polen	2 000	4 000	6 500
Österreich	3 500	3 500	4 000
Tschechoslowakei	2 800	3 500	3 000
Spanien	300	1 000	1 500
Ungarn	—*	—*	660
Kanada	2 250	2 600	3 750
Brasilien	—*	—*	800
Schweden	—*	—*	330
andere Länder	1 555	2 075	700
Total	219 080	268 868	347 940

* inbegriffen in „andere Länder".

Nach der Art der verschiedenen Produkte gliedert sich die Erhebung wie folgt:

Herkunft	Mengen in 1000 Pfund Total-Prod.	Viscose	Acetat	Kupfer-Amm.	Nitro-Cellul.
Österreich	4 000	4 000	—	—	—
Belgien	15 000	9 000	1 200	300	4 500
Tschechoslowakei	3 000	3 000	—	—	—
Frankreich	30 000	26 380	3 000	500	120
Deutschland	43 000	34 250	750	8 000	—
England	52 000	38 000	12 000	2 000	—
Holland	18 000	17 500	500	—	—
Ungarn	660	—	—	—	660
Italien	45 000	43 550	600	650	—
Polen	6 500	4 700	—	—	1 800
Spanien	1 500	1 500	—	—	—
Schweden	330	330	—	—	—
Schweiz	12 000	11 900	100	—	—
Japan	14 000	14 000	—	—	—
Kanada	3 750	2 500	1 250	—	—
Vereinigte Staaten	97 700	82 100	5 000	2 100	8 500
Brasilien	800	800	—	—	—
andere Länder	700	700	—	—	—
Total	347 940	294 260	24 600	13 550	15 580

Die Aufstellung zeigt, daß die Produktion von Kunstseide in fast allen Ländern sich in aufstrebender Entwicklung befindet, sie zeigt aber auch, daß die besseren Kunstseidequalitäten, namentlich Acetat und Kupfer-Ammoniak-Seide, gemessen an der Gesamt-Kunstseide-Erzeugung, heute nur etwa 10 Prozent beträgt. Gerade für diese letztgenannten Produkte der Kunstseide-Industrie besteht aber eine gesteigerte Nachfrage auf dem Weltmarkt. Die Fabrikationsmethoden sind für diese Produkte erheblich teurer, nur den best ausgebauten Betrieben und den über große Kapitalien verfügenden Gesellschaften ist es möglich, die Erzeugung dieser Qualitätsprodukte in umfangreichem Maßstabe zu betreiben. Daraus ergibt sich die Vormachtstellung der Riesenbetriebe in der Kunstseide-Industrie, die jetzt mehr und mehr in die Erscheinung tritt. Trotzdem die Produktion von Kunstseide von Jahr zu Jahr steigt, wird der Weltmarkt für hochqualitative Erzeugnisse, selbst bei vergrößerter Produktion, für viele Jahre hinaus nicht erschöpft werden. Daraus erklärt sich auch der unersättliche Machthunger der Kunstseide-Industrie, für die die Gewinnmöglichkeiten noch auf absehbare Zeit hinaus nicht erschöpft sind. K. Segerer.

Papier-Industrie

Kapitalerhöhung im Aschaffenburger Konzern.

In der am 17. Juni abgehaltenen Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation in Aschaffenburg wurde das Aktienkapital um 8 600 000 RM. auf 23 200 000 RM. erhöht. Die neuen Aktien wurden von einem Bankkonsortium unter der Führung der Diskonto-Gesellschaft in Frankfurt a. M. übernommen. Davon sollen 4 800 000 RM. zum Börsenhandel zugelassen werden, während der Rest von 3 800 000 RM. der Aktiengesellschaft zur Verfügung gestellt wurde. 200 000 RM. wurden als Vorzugsaktien auf den Namen der Diskonto-Gesellschaft in Frankfurt a. M. vorbehalten. Diese Vorzugsaktien haben für die Wahl des Aufsichtsrates für Fusionen u. Liquidationen ein achtfaches, im übrigen nur ein einfaches Stimmrecht. Zweck der Aktienkapitalserhöhung ist, die Erwerbung von mindestens 60 Prozent der Aktien der Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation in Memel, die früher als Tochtergesellschaft zum Aschaffenburger Konzern gehörte. Das Aktienkapital der Memeler Gesellschaft beträgt 15 Millionen Litas = 6,2 Millionen RM. Während Memel bisher eine Dividende von 10 Prozent verteilte, wurde die Dividende des Aschaffenburger Konzerns auf 12 Prozent festgesetzt. Die Ausstellung der neuen Vorzugsaktien wurde von der Verwaltung damit begründet, daß eine Überfremdungsgefahr vom In- und Ausland bestehe, wobei wahrscheinlich der Aktienerwerb durch englische Banken in einigen deutschen Aktiengesellschaften der Papiererzeugungsindustrie (Koholyt, Köslin usw.) als Gefahrenquelle vorgeschwebt haben mag.

Die chemische Fabrik Albert in Biebrich besitzt etwa 20 Prozent der Aktien von Aschaffenburg und Memel. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" gibt der Vermutung Ausdruck, daß es sich bei dem Umtausch von Memel-Aktien in Aschaffenburger Aktien im wesentlichen um den Memeler Aktienbesitz der Firma Albert handelt. Nach der gleichen Zeitung gestaltete sich Produktionsfähigkeit und Erzeugung des erweiterten Konzerns im Jahre 1928 folgendermaßen:

Produktion an	Erzeugungsfähigkeit Tonnen	Erzeugung Tonnen
Zellstoff	230 000—250 000	180 000—200 000
Papier	50 000— 60 000	40 000— 50 000

Von dieser Erzeugung entfallen etwa 25 Prozent auf Memel und 75 Prozent auf Aschaffenburg. Die Umsätze für 1928 werden auf 60 bis 70 Millionen Reichsmark geschätzt.

Ferner wurde in der Generalversammlung mitgeteilt, daß die Aussichten im neuen Geschäftsjahr durchaus zufriedenstellend seien und hervorgehoben, daß die Zellstoffabrikation bis Ende des Jahres 1929, und die Papierproduktion für längere Zeit bereits ausverkauft seien.

Der Feldmühle-Reisholz-Konzern.

Wir haben im „Proletarier" bereits darauf hingewiesen, daß vor einiger Zeit durch Aktienaustausch eine Verschmelzung des Feldmühlen-Konzerns mit dem Reisholz-Konzern zustande gekommen ist.

Das Aktienkapital des auf diese Art neugebildeten Konzerns beläuft sich auf 26 Millionen RM. Die Produktion der beiden Konzerne gestaltete sich von 1926 bis 1928 folgendermaßen:

Jahr	Feldmühle Tonnen	Reisholz Tonnen	Insgesamt Tonnen
1926	72 240	65 502	137 742
1927	81 727	69 745	150 472
1928	93 267	77 479	170 746

Der Gesamt-Konzern verfügt über die modernsten Druckpapiermaschinen innerhalb der deutschen Papiererzeugungsindustrie. Nach einem von dem Konzern herausgegebenen Börsenprospekt soll die Gesamterzeugung an Papier und Zellstoff im Jahre 1929 auf 200 000 Tonnen gesteigert werden.

In sämtlichen Konzernbetrieben werden über 4500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. An Größe und Kapitalkraft sowie an Produktionsmöglichkeit wird der neue Konzern nur noch vom Waldhof-Konzern übertroffen. Im Druckpapier-Syndikat ist der neue Konzern der ausschlaggebende Machtfaktor.

Trotzdem in dem Börsenprospekt auch für 1929 eine 12prozentige Dividende wie in den Vorjahren angekündigt wird, gehört die Generaldirektion dieses Konzerns zu jenen Unternehmen, die über die angeblich hohen Arbeiterlöhne, über ungerechte soziale Lasten und Steuern und über das staatliche Schlichtungswesen in ihren Geschäftsberichten nicht genug klagen können. Dabei ist der Verwaltung des Konzerns die Förderung der gelben Werkvereine ein erstrebenswertes Ziel.

Es bedarf kaum eines Beweises, daß eine derartige Kapitals- und Produktionsmacht, wie sie der Konzern Feldmühle-Reisholz darstellt, auch bei der Bildung der Bezirkstarifverträge von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Arbeiterschaft des Konzerns wird deshalb gut tun, der Verwaltung ebenfalls eine geschlossene Macht durch Organisierung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands entgegenzustellen. G. Stähler.

Konzern Köslin—Alfeld.

Über den Köslinner-Alfelder-Konzern berichtet die „Papierzeitung" in ihrer Nr. 50 1929 folgendes:

„Die im Jahre 1927 gegründete Combined Pulp and Paper Mills Company, die das gesamte Aktienkapital der Papierfabrik Köslin A.-G. kontrolliert und auch andere Papier- und Zellstoff-

interessen in Deutschland (namentlich an den Papierfabriken Alfeld—Gronau) besitzt, hat ihren Aktionären ein Rundschreiben zugestellt, dem die Tagespresse folgende Mitteilungen entnimmt: Bei der Erweiterung und Modernisierung der Fabrikanlagen in Deutschland haben sich besonders zwei Schwierigkeiten ergeben: 1. Die Notwendigkeit, eine besondere Organisation in Deutschland zu schaffen, um die Wiederaufbauarbeiten in den verschiedenen Fabriken zu überwachen und zu leiten. 2. Die Tatsache, daß es während der Rekonstruktionsperiode schwer ist, die Gewinne zu steigern oder selbst aufrecht zu erhalten. Diese Schwierigkeiten sind dadurch behoben worden, daß die englische Gesellschaft für eine bestimmte Zeit ihre Rechte auf Dividendenbezüge von den deutschen Tochtergesellschaften an eine Gruppe übertragen hat, die die Leitung der Arbeiten in Deutschland übernimmt. Es ist ein Abkommen abgeschlossen worden, auf Grund dessen dem englischen Unternehmen vom 1. Oktober 1928 an für die Dauer von drei Jahren ein festes Einkommen garantiert wird, das die voraussichtlichen Dividendenbezüge aus den unlängst erweiterten Beteiligungen an den deutschen Gesellschaften nach Ansicht der Verwaltung übersteigt. Ferner wird mitgeteilt, daß die Combined Pulp and Paper Mills für Rechnung ihrer deutschen Tochtergesellschaften einen zehnjährigen Kontrakt über Holzlieferungen abgeschlossen hat. Die Gesellschaft hat auch ein neues Verfahren zur Herstellung von Textilfasern und Zellstoff nebst einer Lizenz zur Verwertung dieses Verfahrens in den Alfelder Fabriken erworben. Der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrats, Albert M. Oppenheimer, ist — angeblich wegen starker anderweitiger Beanspruchung — zurückgetreten, an seine Stelle ist Sir Henry Penson gewählt worden."

Der deutsche Außenhandel mit Zeitungsdruckpapier.

Nach der „Papierzeitung" gestaltete sich der deutsche Außenhandel in Druckpapier folgendermaßen:

Jahr	Einfuhr in Doppelzentner	Ausfuhr in Doppelzentner
1913	10 318	687 438
1925	4 243	1 744 357
1926	2 954	1 771 051
1927	7 188	2 000 452
1928	8 896	1 866 673

Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß die Einfuhr von Druckpapier nach Deutschland zurückgegangen ist, während die Ausfuhr bis zum Jahre 1927 sich verdreifachte; im Jahre 1928 allerdings wieder etwas zurückging.

Die Ausfuhr nach Staaten geordnet.

Aus der nachstehenden Zusammenstellung ergibt sich die Druckpapierausfuhr im Jahre 1928 nach den hauptsächlich in Frage kommenden Ausfuhrstaaten.

Staaten	Ausfuhr in Doppelzentner	In Prozent der Gesamtausfuhr
Frankreich	554 700	29 7
Argentinien	284 800	15,2
Niederlande	222 [illegible]00	11,9
Großbritannien	81 700	4,4
Vereinigte Staaten	80 500	4,3
Rußland	62 600	3,4
Brasilien	46 400	2,5
Chile	21 600	1,2
Belgien	20 700	1,1

In diesen Zahlen sind die Lieferungen auf Reparationskonto mit eingeschlossen.

Reparationslieferungen.

Die Reparationslieferungen für das Jahr 1928 verteilen sich wie folgt:

Frankreich	553 900 Doppelzentner
Belgien	6 400 Doppelzentner
Elsaß-Lothringen	1 100 Doppelzentner
Insgesamt:	561 400 Doppelzentner

Nahrungsmittel-Industrie

Die Zuckererzeugung Javas und ihre Bedeutung für den Weltzuckermarkt.

In der Tages- und Fachpresse wird seit längerer Zeit das Weltzuckerproblem behandelt. Dabei verweist die Zuckerindustrie darauf, daß die Weltzuckererzeugung den Bedarf bedeutend überschreitet. Tatsächlich ist die Weltzuckererzeugung in den letzten 24 Jahren von 11,7 auf 27,4 Millionen Tonnen gestiegen. In den zehn Jahren vor dem Kriege stieg die Zuckerproduktion von 11,7 auf 18,9 Millionen Tonnen. Infolge des Krieges ging die Zuckererzeugung von 18,9 auf 15,5 Millionen Tonnen zurück. An diesem Rückgang war in erster Linie die Rübenzuckererzeugung beteiligt. Aber auch die Rohrzuckererzeugung hatte vorübergehend einen kleinen Rückgang zu verzeichnen. Der Rückgang der Rübenzuckererzeugung ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß die Rübe in erster Linie in Europa angebaut wird. Der Anteil der Rübenzuckererzeugung an der Weltzuckerproduktion betrug 1913 rd. 47 Prozent, er ging bis zum Jahre 1919/20 auf rd. 21 Prozent herunter und ist inzwischen wieder auf rd. 36 Prozent gestiegen.

Die Verminderung der Rübenzuckerproduktion führte dazu, daß die Rohrzuckerproduktion nach einem kleinen Rückschlag eine starke Steigerung zu verzeichnen hatte. Im Jahre 1913/14 betrug die Rübenzuckererzeugung 8,9 Millionen Tonnen, die Rohrzuckererzeugung 9,3. Die Rübenzuckererzeugung ging bis zum Jahre 1919/20 auf 3,3 Millionen Tonnen oder rd. 21 Prozent der Weltzuckererzeugung zurück, und die Rohrzuckererzeugung stieg nach einem kleinen Rückschlag im gleichen Jahre auf 12,2 Millionen Tonnen oder 79 Prozent. Inzwischen ist nun die Rübenzuckererzeugung auf 9,1 Millionen Tonnen gestiegen. Die Rohrzuckererzeugung aber stieg gleichfalls auf 16,2 Millionen Tonnen. Bei der Rübenzuckererzeugung [illegible] das Bestreben vorhanden, den verlorenen Markt wieder zu erobern, die Rohrzuckererzeugung aber will sich nicht verdrängen lassen. Die Folge davon ist, daß man heute von einer Überproduktion an Zucker spricht.

Vergleichen wir das letzte Erzeugungsjahr mit dem Jahre 1913/14, dann ergibt sich, daß die Rübenerzeugung heute um 6,3 Prozent über dem Jahre 1913/14 steht, die Rohrzuckererzeugung aber ist heute 79,3 Prozent höher als 1913/14. Die gesamte Weltzuckererzeugung ist gegenüber 1913/14 um 44,7 Prozent gestiegen. Die Mehrproduktion gegenüber 1913/14 fällt also fast restlos auf die Rohrzuckerindustrie. Der Anreiz zu dieser erhöhten Produktion ist in erster Linie durch den Krieg gegeben. Infolge Rückgang des Rübenzuckers konnte der Rohrzucker den Weltmarkt erobern. Nachdem der Rübenzucker durch den Rohrzucker verdrängt wurde, ist es für die Rübenzuckerindustrie schwer, diesen Markt wieder zurückzugewinnen. Aber auch in den letzten Jahren ist noch eine starke Steigerung bei dem Rohrzucker zu verzeichnen, so daß die Ursachen für diese Steigerung nicht allein in den Folgen des Krieges zu suchen sind.

Zu den Ländern, die namentlich in den letzten Jahren ihre Zuckererzeugung stark gesteigert haben, gehört Java. Im Jahre 1913 hatte Java eine Zuckererzeugung von 14,6 Millionen Doppelzentner, Deutschland hatte eine solche von 27,1 Millionen Doppelzentner. Heute hat Java eine Zuckererzeugung von 29,5 Millionen Doppelzentner und Deutschland 18,6 Millionen Doppelzentner. Standen wir also mit unserer Zuckererzeugung 1913/14 weit über Java, so hat uns Java nicht nur eingeholt, sondern inzwischen weit überflügelt. Java hat aber gerade in den letzten Jahren seine Zuckererzeugung stark gesteigert. Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Zuckererzeugung Javas seit dem Jahre 1910:

Erntejahr	Erntefläche ha	Rohrertrag von ha dz	Zuckererzeugung dz	Zuckerertrag vom ha dz	Ausbeute %
1910	126 587	980	12 803 016	101,18	10,33
1911	135 848	1053	14 665 716	108,00	10,26
1912	140 263	1043	14 064 016	100,23	9,63
1913	145 310	1045	14 659 776	100,86	9,65
1914	147 455	1026	14 049 448	95,26	9,28
1915	151 154	954	13 190 880	87,25	9,15
1916	157 406	1032	16 298 296	103,51	10,03
1917	160 428	1082	18 221 212	113,55	10,50
1918	163 060	974	17 782 094	109,03	11,19
1919	137 646	965	13 361 146	97,05	10,06
1920	156 059	937	15 439 252	98,91	10,55
1921	159 464	945	16 851 919	105,66	11,18
1922	160 909	1058	18 078 831	112,34	10,61
1923	163 834	1000	1[illegible] 327 196	109,65	10,91
1924	172 311	1064	19 977 415	115,99	10,90
1925	178 252	1084	22 998 082	128,81	11,89
1926	179 804	1057	19 729 975	109,66	10,38
1927	185 742	1156	23 789 945	128,15	11,09
1928	194 813	1319	29 481 850	151,33	11,45

Sie kämpfen gegen die Sozialpolitik

und sagen, das sei ein Kampf, der zum Wohle des Staates und des Vaterlandes von ihnen geführt werde. Aber das Volk würde vor Empörung aufschreien, wenn es wüßte, für wen in Wirklichkeit alle Taten vollbracht wurden, von denen man sagt, sie seien für das Vaterland geschehen. So unaufrichtig ist auch der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung. Sie identifizieren sich mit der Wirtschaft, mit dem Vaterland, in dessen Interesse angeblich sie den Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften fordern. Aber es ist ihre eigene Gewinn- und Herrschsucht, die sie damit fördern wollen. Das hat die Arbeiterschaft erkannt, und schützt die Sozialversicherung mit der ganzen unüberwindlichen Kraft ihrer Organisationen. Stärkt die freien Gewerkschaften! Werbt neue Mitglieder für Euren Verband!

Die ermittelten Zahlen beruhen auf einer Umfrage bei 179 Zuckerfabriken in Java. Die Zusammenstellung wurde im „Archief voor de Suikerindustrie in Nederlandsch-Indie" veröffentlicht und von anderen Fachblättern, so auch von der „Deutschen Zucker-Industrie" übernommen. Die Tabelle zeigt eine Steigerung der Anbau- bzw. Erntefläche von 126 587 Hektar auf 194 813 Hektar oder von 53,9 Prozent. Die Zuckererzeugung dagegen stieg in diesem Zeitraum von 12,8 auf 29,4 Millionen Doppelzentner, oder annähernd um 130 Prozent. Der Zuckerertrag pro Hektar hat in dieser Zeit wesentlich geschwankt. Er stieg aber in diesem Zeitraum von 101,18 auf 151,33 Doppelzentner, oder um rd. 50 Prozent. Worauf ist nun die starke Steigerung nicht nur der Zuckererzeugung insgesamt, sondern auch der Ertrag pro Hektar in erster Linie zurückzuführen? Java hat seit 40 Jahren eine wissenschaftliche Forschung, zum Teil unterstützt von deutschen Gelehrten, betrieben, die nun ihre Früchte trägt. Die jahrzehntelangen Forschungen gingen dahin, ein Rohr anzubauen, das zwei Bedingungen erfüllt, nämlich, daß große Mengen Rohr auf einem möglichst beschränkten Raum erzeugt werden, und daß das Rohr auch einen hohen Zuckergehalt hat. Beides sind Punkte, die auch von der Rübenzuckerindustrie systematisch wissenschaftlich geprüft und verfolgt werden.

Java hat nun in dem sogenannten P.-O.-J.-Rohr ein Rohr gezüchtet, das bedeutend ergiebiger ist als die bisherigen Rohrarten. Es ist zu berücksichtigen, daß in Java das Land knapp ist, also bei einem Mehranbau mit starker Vorsicht vorgegangen werden muß. Es war daher Gewicht darauf zu legen, daß auf derselben Anbaufläche möglichst große Mengen Rohr erzeugt werden. Es ist gelungen, die Erzeugung stark zu steigern. Dazu kommt noch, daß Rohrkrankheiten an den bisherigen Rohrarten die Rohrpflanzer zwangen, diesen Dingen ihr Augenmerk zu schenken. Auf einer Tagung des Sächsisch-Thüringischen Zweigvereins der Deutschen Zucker-Industrie hielt Prof. Dr. Lippmann (Halle) über dieses Thema einen Vortrag. Nach einigen einleitenden Sätzen sagt er dort folgendes:

„Ich muß zunächst daran erinnern, daß die große Entwicklung Javas sich innerhalb ungefähr 40 Jahren vollzog. Die Zuckererzeugung Javas war seinerzeit in große Bedrängnis geraten durch die damaligen Krankheiten des Zuckerrohres, namentlich die so gefürchtete Serch-Krankheit, die um 1885 die Angst erregte, daß auf die Dauer ein Anbau des Zuckerrohres sich gar nicht würde aufrecht erhalten lassen. Daraufhin faßten die Regierung und auch die Gemeinschaft der Fabriken den Beschluß, Abhilfe zu bewirken. Und da zunächst einheimische wissenschaftliche Kräfte noch nicht zur Verfügung standen, holten sie deutsche Kräfte heran, an die leider unsere jetzige jüngere Generation kaum mehr denkt, während man in Java noch heute deren Verdienste hervorhebt."

In den weiteren Ausführungen wird dann gesagt, daß die Ausbeute 13 bis 14 v. H. erreicht und überschritten habe. Andere Fachkenner schätzen die Ausbeute wiederum niedriger ein. So stellt z. B. Herr Dr. Claassen in der „Deutschen Zucker-Industrie" die Ausbeute der einzelnen Fabrikationsarten gegenüber. Er kommt da zu folgendem Ergebnis:

Die Ausbeute betrug:

	Höchstzahl	Mindestzahl	Durchschnitt
in den Defekationsfabriken	13,80 %	9,49 %	11,94 %
in den Sulfitationsfabriken	13,94 %	9,92 %	12,17 %
in den Karbonationsfabriken	14,10 %	8,09 %	12,45 %

Herr Dr. C. bemerkt dazu, daß die deutschen Fabriken derartige Ausbeutungsunterschiede nicht aufweisen. Das ist wohl richtig, spricht aber nur dafür, daß in Java bei einer besseren Technik noch mehr Zucker aus dem vorhandenen Rohr erzeugt werden kann als bisher. Aus allen Ausführungen aber, die von mehreren Seiten zu dieser Frage gemacht werden, geht hervor, daß Java noch eine starke Steigerung bei der Zuckererzeugung erzielen kann.

In seinem bereits erwähnten Vortrag kommt Professor Dr. Lippmann zu folgendem Ergebnis:

„Auf Grund der dargelegten Fortschritte in Anbau und Fabrikation können wir nun verstehen, wie es möglich war, die Selbstkosten in einer so unglaublichen Weise zu vermindern, wie das in Java geschehen ist. Der mehrfach genannte amerikanische Sachverständige, der in völlig unparteiischer Weise urteilt, stellt fest, daß sich während des letzten Jahres die Selbstkosten der javanischen Fabriken beliefen: Für 1 Doppelzentner Weißzucker auf 16,80 Mk., und für 1 Doppelzentner Rohzucker auf 14,50 Mk. Er knüpft daran die Bemerkung, er sei überzeugt, daß man im jetzt beginnenden Jahre, in der Kampagne 1929, noch bedeutend billiger arbeiten werde, denn wenn erst das neue Rohr ganz allgemein angebaut sei, würden dessen Vorteile noch sichtlicher hervortreten; er glaubt daher, daß man nach alle dem, was er gesehen hat, den Rohzucker auch für 13 Mk. die 100 Kilogramm produzieren können wird."

Selbst wenn wir annehmen, wie das verschiedene Fachkenner der Zuckerindustrie behaupten, daß Prof. Dr. L. hier etwas über das Ziel hinausschießt, dann würde die Möglichkeit, den Zentner Zucker mit 7 Mk. im Rohzuckerwert, und mit 8,50 Mk. im Weißzuckerwert herzustellen, eine starke Wirkung auf die Weltmarktpreise beim Zucker ausüben.

Wir haben also die Tatsache zu verzeichnen, daß die Javaner durch ihre ständigen Forschungen den Erfolg erzielt haben, daß sie aus dem Hektar Land heute 50 Prozent mehr Zucker herausholen als 1910. Die Frage ist nun, wird diese Entwicklung auf dieser Höhe zu halten sein, oder werden nicht auch Rückschläge eintreten. Betrachten wir uns die Zahlen in der vorstehenden Tabelle, so zeigen sie in den verschiedenen Jahren starke Schwankungen. Diese sind in erster Linie auf Krankheiten des Zuckerrohrs zurückzuführen. Trotz dieser Schwankungen aber sehen wir seit dem Jahre 1921 eine starke Bewegung nach aufwärts. Wohl trat im Jahre 1926 nochmals ein wesentlicher Rückschlag ein. Dieser wird aber 1927 schon wieder voll wettgemacht, und 1928 tritt dann wieder eine starke Steigerung ein. Wie stark die wissenschaftlichen Forschungen in Java betrieben wurden, beweist, daß das jetzt erfundene sogenannte „Wunderrohr" die Bezeichnung „P.-O.-J.-2878" trägt. Gerade dieses Rohr aber soll nun die Riesensteigerungen hervorgebracht haben. Nach Meinung anderer Fachkenner soll es der javanischen Zuckerindustrie bei der gegenwärtigen Entwicklung bald möglich sein, auf einem Hektar Land soviel Zucker zu erzeugen, wie in Deutschland auf derselben Fläche an Rüben erzeugt werden. Da nun zu einem Zentner Zucker 5½ bis 6 Zentner Rüben gehören, würde das eine Ausbeute bedeuten, die 5½mal so groß wäre wie in Deutschland. Selbst wenn diese Hoffnungen nicht ganz in Erfüllung gehen, dann bedeutet das immerhin, daß die Rübenzuckerindustrie, und somit die deutsche Zuckerindustrie in Java einen sehr scharfen Konkurrenten hat.

Es taucht nun die Frage auf, ob auch die anderen Rohrzuckerländer ohne weiteres diese neuen Rohrarten anbauen können. Diese Frage wird zunächst noch verneint. Sonne, Wasser und klimatische Verhältnisse spielen bei dem Zuckergehalt sowohl bei der Rübe wie auch beim Rohr eine große Rolle. Diese Vorbedingungen sollen aber in den übrigen Rohrzuckerländern, namentlich in Kuba, für das neue Rohr nicht so gegeben sein wie in Java. Aber die anderen Rohrzuckerländer werden danach trachten müssen, Fortschritte gleichen oder ähnlichen Umfanges wie Java zu erzielen, wenn sie nicht von der Zuckerindustrie Javas an die Wand gedrückt werden wollen.

Es ist nur zu natürlich, daß auch die deutsche Zuckerindustrie diese Entwicklung in Java aufmerksam betrachtet. In den Kreisen der deutschen Zuckerfabrikanten kennt man der ausländischen Konkurrenz gegenüber in erster Linie ein Allheilmittel, das ist Erhöhung des Zuckerzolles. Auf der gleichen Tagung der Arbeitgeber, wie wir vorhin aus Halle angeführt haben, sprach zu dieser Frage auch Herr Professor Krüger, der zu einem Teile in Java die Forschungen mit geführt hat. Er sagt u. a. folgendes:

„Es spielen allerdings in diesem Konkurrenzkampfe staatliche, vor allem gesetzliche Maßnahmen eine große Rolle. Wenn daher unsere Regierungen nicht verstehen lernen, unter Berücksichtigung der Erzeugungsbedingungen anderer Länder unsere Produktion bzw. die Tätigkeit unseres Volkes in dieser Beziehung besser zu schützen, als das teilweise der Fall ist, dann allerdings muß man schwarz sehen."

Ähnliche Äußerungen haben wir auch schon von anderen Kapazitäten auf dem Gebiete der Zuckerindustrie gehört. Demgegenüber muß doch wohl die Frage aufgeworfen werden, ob der Schutzzoll als einziges Allheilmittel gegenüber ausländischer Konkurrenz angewandt werden kann. Ohne das Schutzzollproblem hier eingehend zu behandeln, möchten wir doch sagen, daß es für die Industrie sicher ganz bequem sein mag, wenn ihr durch einen hohen Schutzzoll jede Auslandskonkurrenz vom Halse gehalten wird. Wie sich die Dinge aber für die Allgemeinheit auswirken, das ist eine andere Frage. Die deutsche Zuckerindustrie wird also gleichfalls alle wissenschaftlichen und technischen Hilfsmittel in ihren Dienst stellen müssen, um mit dem Auslande konkurrenzfähig zu bleiben. Namentlich in technischer Beziehung, im Ausbau der Betriebe usw. ist in Deutschland noch vieles zu leisten. Beschreitet man diesen Weg nicht in einem etwas schnelleren Tempo wie bisher, dann wird selbst ein hoher Schutzzoll die deutsche Zuckerindustrie nicht konkurrenzfähig erhalten können. Das ist die Lehre, die wir aus der Entwicklung der Zuckerindustrie Javas ziehen müssen. E. Senkpiel

Branchenkonferenz der Arbeiter der rübenverarbeitenden Industrie.

Am Sonntag, dem 16. Juni 1929, tagte in Magdeburg für die zum Gau 2 des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands gehörenden Zuckerfabriken eine Branchenkonferenz, die von 56 Delegierten besucht war.

Kollege Senkfeil vom Hauptvorstand hielt einen Vortrag über die Weltzuckerwirtschaft. Er führte u. a. aus: Durch die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt während des Krieges entstanden Differenzen zwischen der Rüben- und der Rohzuckerindustrie. Wie überall, suchen auch hier die deutschen Unternehmer durch Schutzzölle eine Besserung herbeizuführen. Die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt wird aber die Unternehmer zwingen, andere Auswege zu suchen. Es ist unsinnig, sich durch Schutzzölle behaupten zu wollen. Die Beweise für ihre Behauptung, daß die Löhne in Deutschland schuld seien, können die Unternehmer nicht erbringen, in Nordamerika sind die Löhne zweieinhalbmal so hoch und der Zuckerpreis ist niedriger als in Deutschland. Die oft geradezu sinnlose Wirtschaft der Konzerne zeigt, daß man nicht gewillt ist, andere Wege zu gehen. Die technische Entwicklung steht nicht still. Betriebe, die nicht produktiv und rentabel sind, werden stillgelegt, den Schaden trägt stets der Arbeiter. Es ist deshalb unsinnig, wenn unsere Kollegen sagen: „Was kümmert uns der Weltmarkt". Das Verhalten der Unternehmer in der Lohnfrage zeigt, daß sie noch nicht erkannt haben, daß der niedrige Zuckerkonsum in Deutschland mit den geringen Löhnen zusammenhängt. Hier muß der Hebel angesetzt werden und für Gewerkschaftler heißt's mitzuhelfen, daß das Organisationsverhältnis besser wird.

Reicher Beifall und die Aufmerksamkeit, mit der den Ausführungen gefolgt wurde, zeigte, daß der ernste Wille zur Mitarbeit vorhanden ist.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Tolski über die abgeschlossene Lohnbewegung. Er führte aus: Als Begründung für ihre Forderung, den jetzigen Lohn um zwei Jahre zu verlängern, führten die Arbeitgeber an, daß sie infolge der Preisfestsetzung für Zucker nicht in der Lage wären, höhere Löhne zu zahlen. Schuld daran sei der sozialdemokratische Finanzminister, welcher keinen höheren Preis zugestand. Mit reichlichem Material wurde den Arbeitgebern bewiesen, daß die Schuld an etwas anderem liege. Wenn Gehälter bis 75 000 Mk. im Jahre gezahlt werden, kann es in der Industrie noch nicht so schlecht gehen. Um einige Pfennig Lohnerhöhung mußte der gesamte Instanzenweg durchgelaufen werden. Den Spruch mit 3 Pf. Zulage nahmen die Arbeitgeber erst nach nochmaliger Verhandlung an. Gerade in der Zuckerindustrie zeigt sich, wie notwendig eine feste Organisation ist, wenn das bisher Erreichte ausgebaut werden soll.

Der beifällig aufgenommene Bericht rief eine rege Aussprache hervor, die mit der einstimmig angenommenen Entschließung endete:

Die am 16. Juni 1929 in Magdeburg tagende Delegierten-Versammlung der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie Mitteldeutschlands nimmt Stellung zum Abschluß der Lohnbewegung. Die Lohnerhöhung um 3 Pf. pro Stunde in der Spitze entspricht nicht den Erwartungen der Arbeiter. Trotz der angeblich schlechten wirtschaftlichen Lage der Zuckerindustrie wäre es möglich gewesen, eine höhere Zulage zu gewähren.

Ganz entschieden lehnt die Versammlung es ab, die Lohnerhöhung von der Zuckerpreiserhöhung abhängig zu machen.

Die Delegierten sprechen der Verhandlungskommission ihr volles Vertrauen aus und erwarten, daß der letzte Zuckerarbeiter sich der für die Zuckerindustrie zuständigen Organisation — dem Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands — anschließt. —

Nach Beantwortung einiger Anfragen schloß Kollege Tolski die Konferenz mit einem „Hoch" auf die freie Gewerkschaftsbewegung. Der Verlauf der Konferenz zeigte, daß alle Bemühungen der Unternehmer, durch Züchtung von gelben Werkvereinen die Arbeiter zu willigen Ausbeutungsobjekten zu machen, gescheitert sind. So werden auch die kommenden Bewegungen zur Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Führung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zu weiteren Erfolgen für die Arbeiterschaft führen.

Verschiedene Industrien

Gewerbesteuerpflicht in der Hausindustrie.

III.

Im 1. Abschnitt der Abhandlung „Gewerbesteuerpflicht in der Hausindustrie" haben wir uns mit dem verschieden gelagerten Arbeitsverhältnis der Hausarbeiter befaßt und dabei über 50 verschiedene Typen festgestellt, die scheinbar in abweichender Art als Arbeiter dem Arbeitgeber gegenübertreten. Im 2. Abschnitt unserer Abhandlung wurde ein Fall besprochen, nach dem Hausarbeiter zur Gewerbesteuer veranlagt sind. Nunmehr soll ein Fall behandelt werden, bei welchem das Rentamt Gotha und der II. Steuerberufungsausschuß des Landes Thüringen die Auffassung vertreten, daß „Akkordbetriebsarbeiter" nicht als Betriebsarbeiter, sondern als Hausgewerbetreibende anzusehen sind und deshalb mit Gewerbesteuer zu veranlagen seien. Das klingt paradox, der Fall liegt aber vor.

Wie beim Fall, der aus dem 2. Abschnitt der Abhandlung bekannt geworden ist, handelt es sich hier ebenfalls um einen Augeneinsetzer aus der Spielwarenindustrie Walltershausen, nur mit dem Unterschied, daß es sich in dem Fall aus dem 2. Teil, „Gewerbesteuerpflicht in der Hausindustrie", um einen „Hausarbeiter", hier aber um einen Betriebsarbeiter, handelt. Der Arbeiter wird im Betriebe seines Arbeitgebers tätig. Er unterliegt der Arbeitsaufsicht durch die Firma wie die anderen Akkordarbeiter des Betriebes, auch hat er die im Betriebe geltende Arbeitsordnung anerkennen müssen. Er unterliegt damit den für den Betrieb geltenden Bestimmungen wie jeder andere Arbeiter. Er arbeitet allein ohne Hilfe fremder Personen.

Der in Frage kommende Arbeiter führt seine Arbeit nach Anweisung der Firma aus. Er kann nur das ausführen, was ihm von der Firma zur Arbeit aufgegeben ist. Ein Risiko trägt der Arbeiter nicht. Wird zum Beispiel ein Porzellankopf zerbrochen, so trägt den Schaden nicht der Arbeiter, sondern die Firma. Unwesentliche Rohstoffe entnimmt er von der Firma. Diese werden ihm am Lohnzahlungstage vom Akkordlohn abgezogen. Daraus ist aber nicht zu folgern, daß es der Wille der Arbeiter ist, diese unwesentlichen Rohstoffe, wie Blei, Draht und Gips, selbst zu beschaffen, sondern das geschieht auf Anordnung der Firma. Der Arbeiter muß diese Bestandteile, die zur Ausführung der Arbeit notwendig sind, von der Firma entnehmen. Es ist ihm nicht die Möglichkeit gegeben, diese Artikel bei jemand anders einzukaufen.

Wir haben es also hier mit einem ausgesprochenen Fabrikarbeiter zu tun. Er wurde aber trotzdem zur Gewerbesteuer veranlagt. Dagegen legte er am 24. April 1928 Berufung ein und verlangte Befreiung von der Umsatzsteuer, weil er Fabrikarbeiter sei, nicht Hausgewerbetreibender und auch nicht Hausarbeiter. Der II. Steuerberufungsausschuß des Landes Thüringen hat am 27. März d. J. über die Berufung entschieden und der Auffassung des Rentamtes Gotha recht gegeben. Wir lassen die Begründung der Entscheidung unter Weglassung der Formalitäten folgen:

„Nach § 1, Absatz 2, des Gewerbesteuergesetzes vom 23. Juli 1926 gilt als Gewerbe im Sinne dieses Gesetzes jede fortgesetzt auf Gewinnerzielung gerichtete selbständige Tätigkeit, die sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt.

Für die Gewerbesteuerpflicht ist ausschlaggebend, ob die Tätigkeit des Augeneinsetzers als eine selbständige oder als die eines Arbeitnehmers — Lohnempfängers — anzusehen ist, ob also der Augeneinsetzer selbständiger Hausgewerbetreibender oder Heimarbeiter ist. Selbständig ist, wer in der Hauptsache seine Arbeitsleistung, unselbständig, wer in der Hauptsache seine Arbeitskraft schuldet. (Entscheidung des Reichsfinanzhofes.)

Nach den im Verfahren ergangenen Verhandlungen erledigt der Berufungsführer die ihm übertragenen Arbeiten in von seiner auftraggebenden Firma gemieteten Räumen, er unterliegt in keiner Weise der Aufsicht der Firma, die ihm die Arbeiten überträgt. Er ist weiter an keine feste Arbeitszeit gebunden, auch kann das Arbeitsverhältnis jederzeit gelöst werden, zumal ein Vertragsverhältnis nicht besteht.

Eine Verpflichtung, die Arbeit persönlich auszuführen, besteht nicht, er kann sie nicht nur durch seine Familienangehörigen, sondern auch durch fremde Arbeitskräfte ausführen lassen. Die Beschäftigung fremder Arbeitskräfte ist in dem Berufszweig des Berufungsführers durchaus üblich. Ob der Berufungsführer tatsächlich fremde Arbeitskräfte zur Ausführung der Arbeiten zuzieht bzw. zugezogen hat oder nicht, ist für die zutreffende Entscheidung ohne Bedeutung.

Der Berufungsführer arbeitet aber auch auf eigenes Risiko und führt die für die Firma erteilten Aufträge gegen Rechnung aus.

Von der auftraggebenden Firma werden zwar die Bestandteile der von ihm zu fertigenden Gegenstände zum wesentlichen Teile geliefert — Puppenköpfe und Augen — die zu der Bearbeitung oder sonst noch nötigen Materialien — Blei, Draht, Gips usw. beschafft er sich selbst.

> **Träger des Völkerfriedens ist die Arbeiterklasse.**
>
> **Die Sache des Völkerfriedens ist nicht Sache einer Partei, sondern Sache des ganzen Volkes. Aber in dieser Welt der harten Tatsachen kann der Völkerfriede nur gesichert werden, wenn hinter ihm eine straff organisierte, zielbewußte, zum Handeln entschlossene und zähe Macht steht, und diese Macht kann niemand anders sein, als die sozialistische Arbeiterklasse.**
>
> Blocher.

Alle diese Merkmale ergeben, daß der Berufungsführer lediglich den Erfolg seiner Arbeit schuldet, er ist nicht als Arbeitskraft in dem Betriebe des Fabrikanten so eingegliedert, daß er zum Arbeiter des Betriebes geworden wäre.

Deshalb war der Berufungsführer auch nach Ansicht des Steuerberufungsausschusses als selbständig anzusehen, er unterliegt damit der Gewerbesteuer.

Der Umstand, daß er nicht in seiner Wohnung, sondern in ermieteten oder ihm sonst zur Verfügung gestellten Räumen des Fabrikanten seine Tätigkeit in der Hauptsache ausübt, ändert daran nichts.

Die Berufung war daher zurückzuweisen.

Im übrigen wird auch Bezug auf das Urteil des Reichsfinanzhofes vom 4. Juli 1928, VI A 774/27, die Einkommensteuerpflicht der Augeneinsetzer, Bezug genommen. Auch in diesem Urteil ist der Augeneinsetzer als selbständig angesehen."

Aus dem vorstehenden Zitat geht hervor, daß der II. Steuerberufungsausschuß sich bei seiner Entscheidung auf folgende Merkmale stützt: Der Augeneinsetzer übe seine Tätigkeit „selbständig" aus. Er unterliege deshalb dem Paragraphen 1 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes vom 23. Juli 1926 für das Land Thüringen. Der Augeneinsetzer arbeitet in von der Firma gemieteten Räumen, unterliege aber nicht der Aufsicht der Firma. Er sei an keine Arbeitszeit gebunden. Das Arbeitsverhältnis könne jederzeit gelöst werden. Der Augeneinsetzer brauche die Arbeit nicht persönlich auszuführen. Er arbeite auf eigenes Risiko gegen Rechnung. Auch beschaffe er sich die zur Arbeit notwendigen Materialien selbst (Blei, Draht, Gips usw.).

Die angeführten Merkmale des II. Steuerberufungsausschusses treffen in keinem Fall zu. Der Augeneinsetzer übt weder seine Tätigkeit selbständig aus, noch unterliegt er dem Gewerbesteuergesetz für das Land Thüringen, noch arbeitet er in von der Firma gemieteten Räumen, und er unterliegt, wie alle anderen Arbeiter der Firma, der Aufsicht derselben. Er ist an die Arbeitszeit gebunden wie jeder andere Arbeiter, muß zu dem von der Firma bestimmten Zeitpunkt die Arbeit antreten und beenden. Das Arbeitsverhältnis kann nicht anders gelöst werden, wie das bei anderen Arbeitern der Firma der Fall ist. Er muß auch seine Arbeit selbständig ausführen; denn er kann in dem Betriebe keine fremde Hilfskraft einführen, wenn diese nicht von seinem Arbeitgeber, dem Betriebsinhaber, eingestellt ist. Er arbeitet auch nicht auf eigenes Risiko, sondern auf Risiko der Firma. Alle Bestandteile, die zum Einsetzen von Augen in den Porzellankopf usw. notwendig sind, werden von der Firma geliefert. Allerdings werden die unwesentlichsten Bestandteile, die zur Bearbeitung des Porzellankopfes notwendig sind, wie Blei, Draht, Gips usw., von dem Arbeiter bei der Firma entnommen, die am Rechnungstage von dem erreichten Akkordlohn in Abzug gebracht werden. Das geschieht aber auf Anordnung der Firma, nicht aus freiem Willen des Arbeiters. Alle diese Merkmale ergeben, daß der Arbeiter, der die Berufung einlegte, zu Unrecht zur Gewerbesteuer veranlagt ist; denn er ist ausgesprochener Arbeitnehmer!

Wenn die Auffassung des II. Steuerberufungsausschusses richtig wäre, dann müßte jeder Arbeiter, der im Betriebe auf Akkord arbeitet, als selbständiger Gewerbetreibender gelten. Das ist aber nicht der Fall, und aus diesem Grunde ist die Auffassung des II. Steuerberufungsausschusses irrig.

H. Elflein.

Literarisches.

Ein Sacco- und Vanzetti-Roman: „Boston". Das neueste Werk von Upton Sinclair.

Der Name Upton Sinclair erschien wie ein roter Planet im Sternenbanner. Sinclairs Romane gingen über die ganze Welt und erzählten von einem anderen Amerika, von dem Amerika des Klassenkampfes, von der Ausbeutung der „hergelaufenen" Proletarier, von den welterschütternden Aktionen der Börsen-, Eisen- und Ölkönige, aber auch vom ersten Erwachen des Klassenbewußtseins. Die ereignisreiche Zeit sorgte dafür, daß ihm der Stoff nie ausging. Eines Tages überraschte er die Welt mit seinem nach Umfang und Bedeutung größten Buch „Boston"!

„Der Entschluß, diesen Roman zu schreiben", so sagt Upton Sinclair im Vorwort dieses im Malik-Verlag erschienenen und von der Büchergilde Gutenberg Berlin als Nebenausgabe für ihre Mitglieder zum Preise von 4,50 Mark herausgebrachten umfangreichen Werkes, „wurde am 22. August 1927, um 9 Uhr 15 Minuten abends gefaßt. Der Anlaß war ein Telephonanruf einer Zeitung, des Inhalts, Sacco und Vanzetti seien tot. Es schien dem Verfasser, daß die Welt die Wahrheit über diesen Fall werde erfahren wollen; seine Annahme erwies sich als richtig: aus fünf Weltteilen ergoß sich eine Flut von Kabeltelegrammen und Briefen über ihn mit der Aufforderung, eben das zu tun, wofür er sich schon entschieden hatte. Ein „zeitgenössischer historischer Roman" ist eine ungewöhnliche Kunstform und mag einer Erklärung bedürfen. Was die beiden Hauptpersonen, Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti betrifft, ist dieses Buch keine Dichtung, vielmehr ein Versuch, Geschichte zu schreiben; alles was sie in meiner Darstellung tun, haben die beiden wirklich getan, ihre Äußerungen sind Briefen von ihrer Hand oder den Mitteilungen ihrer Freunde und Widersacher entnommen. Auch diese Freunde und Widersacher treten in eigener Person unter ihren richtigen Namen auf."

Vielleicht wäre jeder andere Schriftsteller an der ungeheuren Aufgabe gescheitert. Nur die Erfahrung und die Routine konnten diesen Stoff bewältigen helfen. Sinclair erfand eine Verbindung zwischen der Welt der Reichen und der Welt der Armen, eine Millionärswitwe, die angeekelt von dem Sumpf ihrer Familie und ihrer Klasse in das ausgebeutete Proletariat hinabsteigt und eine alte Frau wird, die sich ein Jahr lang selbst ihr Brot verdient — es soll „drüben" solche „Fälle" geben! — und dabei die aus Italien zugewanderten Proletarier Sacco und Vanzetti kennenlernt, deren Kampf und Ende sie miterlebt, mitkämpft und deren Testament an die Welt sie schließlich mit hinaustragen hilft.

Es ist die Zeit der Hochkonjunktur für die amerikanischen Kapitalisten. Auf dem blutigen Acker des Weltkrieges blüht der Profit. Plötzlich wird der „Feudalismus im Gehrock" gestört. Die Arbeiter regen sich, zeigen Anfänge von Macht. Da finden sich die Kapitalisten, die sich sonst gegenseitig zerfleischen, zu gemeinsamer Front zusammen, und der weiße Terror reitet seine Attacken. Spitzel und Provokateure konstruieren Bombenattentate und Überfälle, und Sacco und Vanzetti geraten in die Klauen der Justiz. Der Bestechungsring schließt sich um sie, ein Exempel soll statuiert werden. Entlastungszeugen werden arbeitslos, Dolmetscher lügen, Meineide werden ungestraft geschworen, die Klassenjustiz reißt sich selbst die Maske ab und die organisationsfeindlichen Anarchisten können etwas lernen von der organisierten Macht des Staates. Und während ein Skandalprozeß zwischen Millionären den Beweis dafür liefert, daß die großen Banditen keine Handschellen brauchen, keine besonderen Polizisten, keine bissigen Richter, foltert der Staat die beiden Märtyrer ihrer Idee in siebenjähriger Haft im Angesicht des elektrischen Stuhles. Saccos und Vanzettis Rechtsanwälte hatten die Partie gewonnen, aber ihre Gegner warfen das Schachbrett um und ihnen die Figuren ins Gesicht.

Endlich geht die siebenjährige Marter zu Ende: „Es gab kein Gesetz, es gab nur den Klassenkampf" — also mußten Sacco und Vanzetti sterben. Tausende von Polizisten, von Kosaken des allmächtigen Dollar, reiten die gegen den Justizmord aufstehenden Massen nieder, die Entrüstung der ganzen Welt wird hohnlachend beiseitegeschoben, für 250 Dollar pro Opfer tut der Henker sein Werk. Und von Sacco und Vanzetti bleibt nur ihr Testament an die revolutionären Arbeiter der Welt. Nur? Ihr Leben gehörte der revolutionären Propaganda, ihr Tod war ihr Triumph: die ganze Welt horchte auf.

Upton Sinclairs Roman „Boston" läßt dieses Testament wieder lebendig werden. Die Riesenauflagen der Bücher Sinclairs sind das einzig richtige Fundament, von dem aus die gemordeten Brüder der Arbeiter der Welt zu ihren Kameraden sprechen.

Es ist ein dickes Buch geworden, ein Wolkenkratzer unter den Romanen der Gegenwart. Dieser Umfang ist eine Notwendigkeit. Nur so konnte Sinclair das Bild der Stadt Boston zu einem Kolossalgemälde von ganz Amerika erweitern. Nur so konnte Sinclair aus den Namen Sacco und Vanzetti eine Formel des Klassenkampfes werden lassen, ein Signal: Sacco und Vanzetti — Gerechtigkeit und Freiheit!

Die schönsten Stellen des Romans sind die im Wortlaut übernommenen Reden und Briefe der beiden gemordeten Kameraden. Nachwelt, höre sie an! Höre sie an, um sie nie wieder zu vergessen.

Ein Porträt Karl Marx'. Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18, erschien ein im Vierfarbendruck hergestelltes Bildnis Karl Marx. Von dem Porträt ist ohne Übertreibung zu sagen, daß es den Beobachter restlos gefangen nimmt. Nicht nur der große Denker und Lehrer, auch der gütige Mensch Marx tritt uns daraus entgegen. Die Neuauflage des vom Maler Otto Friedrich ausgeführten Porträts wurde durch die Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Wien V hergestellt. Diese Reproduktion ist ein ehrendes Zeugnis von Österreichs graphischer Kunst. Der Preis des Kunstblattes, Papiergröße 60×75 Zentimeter, Bildgröße 41×46 Zentimeter, wurde mit 3 Mk. festgesetzt. — Bestellungen übernehmen alle Buchhandlungen sowie der Verlag Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18.

M. H. Baege „Soziologie des Denkens". Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Broschiert 1,50 Mk., in Ganzleinen 2 Mk., Vorzugsausgabe 2,75 Mk. Das Buch stellt eine populäre Einführung in die Soziologie des Denkens dar. Zugrunde gelegt ist dabei das Denken der Urmenschen und der Naturvölker; denn am Denken der Primitiven ist die soziologische Bedingtheit der geistigen Betätigung des Menschen für den Laien besonders deutlich aufzeigbar, weil das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben noch einfach und auch das Denken deshalb noch verhältnismäßig unkompliziert ist. In einer kurzen, die Materie treffend umreißenden Einleitung wird zunächst die biologische und soziologische Bedingtheit des Denkens dargelegt; darauf folgt ein Kapitel, das sehr verständlich die Erwerbung der Sprache schildert, die ja dem Denken erst die soziologische Grundlage schuf, und auch ihre Bedeutung für die Gesellschaft aufzeichnet. Den Hauptinhalt des Buches bildet aber eine ebenso klare wie gut begründete Darlegung der Anfänge des Denkens, besonders der Entstehung der Urideen. Die natürlichen und gesellschaftlichen Umstände, aus denen diese als Zauber- und Geisterglaube entstanden sind, werden anschaulich aufgezeigt. In einem packenden Schlußwort „Primitives Denken unserer Zeit" wird endlich nachgewiesen, welche Mächte an der Aufrechterhaltung jener uralten, für unsere Zeit und ihre Aufgaben aber völlig ungenügenden Denkmethoden und Begriffe wirksam sind, und welche Denkmethoden und Denkeinstellungen wir bei uns notwendigerweise zu pflegen haben. Auch dieses Werk der „Urania" zeichnet sich wieder durch eine besonders anschauliche Darstellungsweise und durch gute technische Ausführung aus. Sein Kauf ist jedem zu empfehlen, wie überhaupt die „Urania"-Erscheinungen für jeden nach natur- und gesellschaftswissenschaftlicher Aufklärung Verlangenden unentbehrlich sind.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der Falschmünzer.

Von Guy de Téramond.

„Mein Gott, ist es heutzutage schwer, sich ein Vermögen zu erwerben!", dachte voll Verzweiflung Fripouillard, ein noch junger Mann, während er, ohne Freude an der Arbeit, vom Morgen bis zum Abend Papierrouleaus Louis Quinze gegen einen Tagesgewinn von 4 Francs 25 Centimes für seine Mitbürger anfertigte. Er hatte manchen Schabernack zum Schaden seiner lieben Nächsten begangen, aber diese Streiche hatten ihm zu keiner einträglichen Existenz verholfen, und so sah er sich gezwungen, wie alle Welt zu arbeiten und sein Brot im Schweiße seines Angesichts zu verdienen. Fripouillard dachte oft: Es wäre zu schön, wenn es Dinge gäbe, ähnlich einer Kaffeemühle, deren Griff man nur zu drehen brauchte, um unten ununterbrochen Goldstücke hervorrieseln zu sehen. Leider hat bisher noch kein Erfinder diese Maschine ersonnen.

„Ach Geld . . .!"

Fripouillard vermag sich nicht zu trennen von dem Anblick eines ganz neuen Fünfzigfrankscheines, der seine im Laufe des Jahres mühsam erübrigten Ersparnisse darstellte.

„Wenn ich es geschickt anfinge," denkt er, „müßte ich mit diesen 50 Frank die Mittel finden, um 10 000 zu verdienen. Das wird ein hartes, vielleicht zweckloses, wahnwitziges Stück Arbeit werden. Was soll ich beginnen? Lotterielose kaufen? In die Hippodrome der Vorstädte gehen, hoch zu Pferde wetten? Fragliche, meiner vorsichtigen Denkart widerstrebende Mittel!" Plötzlich schlägt er sich wie Archimedes vor die Stirn: „Ich hab's!"

Eine zweite Geste — ein graziöses Kratzen auf dem Hinterhaupt — aber besagt: „Nein, es wird nicht gehen!" Doch Fripouillard ist unternehmend: dem Glück muß man die Hand bieten!

„Ah, bah!", sagt er, „was wage ich, wenn ich's versuche!"

Zu Fripouillards Zeiten waren die modernen Bauwerke noch nicht wie Pilze aus der Erde geschossen. Das Pittoreske der Vergangenheit war noch nicht völlig zerstört, die Butte Montmartre noch nicht von den riesigen, sechsstöckigen Karawansereien überschwemmt, die einen Rundblick ermöglichen, der 10 Kilometer in der Runde erfaßt, von wo man Saint-Denis, Panzin, Aubervilliers, Clichy sieht, ein gewaltiges, unentwirrbares Chaos von dicht aneinandergedrängten Häusern, die sich zusammenkauern, erdrückt von den ihren schwarzen Atem gen Himmel speienden Fabrikschloten, und nur voneinander getrennt durch das kapriziöse Band der Seine, auf welcher die Reflexe der Sonne wie Silberschuppen einer gigantischen Schlange glänzen.

Die obere Rue Caulaincourt war ein entzückender Winkel, mit einem Wirrwarr reizender, epheuumwucherter Pavillons, welche im Lenz die blauen Augen der Winden umsproßten, wo violette Glyzinentrauben mit Nestern dreister, piepsender Spatzen abwechselten. Poeten und Maler wohnten hier, verträumte, ruhige Menschen, die bloß den einen Fehler hatten, daß sie ihre Miete nicht pünktlich zahlten. Deshalb verwünschten sie die Hauswirte, die für die Kunst nicht das mindeste Verständnis besaßen — für die Kunst, welche erhaben über all' den traurigen Zufälligkeiten des Daseins schweben soll, unter denen höchstens der „hassenswerte Bourgeois" leiden darf.

Als Fripouillard eines dieser Häuschen, um es zu mieten, besichtigte, fragte ihn Herr Durand nach seinem Beruf. Er war sehr glücklich, daß der Reflektant im „Handel" tätig war. Die Antwort war freilich ein bißchen vage, und der in seinem Sonntagsanzug recht unbeholfen wirkende, unbärtige junge Mann machte nur in sehr geringem Maße den Eindruck eines richtiggehenden Kaufmanns. Aber Herr Durand hatte genug von den Künstlern, von denen er nie einen Sou bekommen konnte, er segnete den Himmel, der ihm einen zahlungsfähigen Mieter schickte — gleichgültig, ob er nun in der Industrie, dem Handel oder Export tätig war.

Auf alle Fälle aber bürdete Herr Durand seinem Mieter die schwersten Bedingungen auf: er sollte alle Schäden auf eigene Rechnung reparieren lassen, die Kosten für Wasserverbrauch bei der „Gesellschaft", Munizipal- und andere Abgaben selbst tragen. Der Wahrheit die Ehre! Fripouillard ging blindlings auf alles ein — mit der Gleichgültigkeit eines Individuums, das von vornherein entschlossen ist, überhaupt nichts zu zahlen. Der Vertrag wurde perfekt und Fripouillard zog eines Morgens ein. Sein klägliches Mobiliar faßte ein Handwagen: Herr Durand fühlte sich bei diesem Anblick aufs tiefste erschüttert. — —

Voreingenommenheit gegen den neuen Mieter regte sich in ihm, und dieser benahm sich so merkwürdig, daß Herrn Durands Mißtrauen sich verstärkte. Erst wenn es dunkelte, ging Fripouillard, ein scheues Wesen zeigend, aus; den Hut zog er bis über die Ohren, schlug den Mantelkragen hoch und blickte sich vorsichtig um, ob ihm etwa jemand folge. Wiederholt hatten ihn sogar Nachbarn mit einem falschen Bart weggehen sehen. Und wenn er zurückkehrte, brannte bei ihm bis in den Morgen hinein Licht und man hörte seltsame Geräusche.

Kurz, es konnte keinem Zweifel unterliegen: dieses Individuum hatte besondere Gründe, vor der Neugier der Menschen sein dunkles Treiben zu verbergen. Herr Durand beschloß, um jeden Preis sich Klarheit zu verschaffen. Eines Tages steckte er seinen Revolver in die Tasche, klopfte an die Tür seines Mieters.

Sie wechselten einige Worte, dann wurde geöffnet. Herrn Durand erwartete eine große Überraschung. Auf dem Tisch sah er eine kleine Presse, Metallplatten, Graviernadeln. Er erblaßte. Sein Mißtrauen hatte ihn nicht getäuscht: sein Mieter war nichts anderes, als ein Fälscher von Banknoten. Mit seiner Mäßigung war es zu Ende. Er nahm eine schöne Pose der Entrüstung an und rief: „Mein Herr! Jetzt kenne ich Ihr niederträchtiges Gewerbe! Sie fälschen Geldscheine!" — „Leider!", erwiderte gesenkten Hauptes Fripouillard. „Wie könnte ich das jetzt noch leugnen?" — „Ich bringe Sie zur Anzeige!"

„Tun Sie das! In Gottes Namen! Ach, ich schäme mich, daß ich von den herrlichen Gaben, die mir die Natur verlieh, einen so schlechten Gebrauch mache! Wenn ich denke, daß es mir geglückt ist, diesem Stück Papier den gleichen Wert zu geben wie . . . ." Er unterbrach sich, griff nach einem ganz neuen Fünfzigfrankschein, der auf dem Tisch lag, und sagte:

„Sehen Sie selbst! Das ist mein erster Versuch!"

Herr Durand trat ans Fenster und prüfte das Billett einen Augenblick. Er konnte einen Ausruf nicht unterdrücken. Die Nachahmung war ausgezeichnet. Herr Durand war konsterniert.

„Nun?" fragte Fripouillard.

„Außerordentlich gelungen, in der Tat! Ich hätte ihn, ohne zu zögern, genommen. Aber ich bin nicht maßgebend. Die Bank von Frankreich hat [illegible] ägliche Mittel, um falsche Scheine zu erkennen."

„Die Bank von Frankreich wird sich ebenso täuschen wie Sie!"

„Glauben Sie?"

„Ich bin dessen sicher. Machen Sie doch die Probe! Nehmen Sie diese Note und erkundigen Sie sich . . . und dann, wenn Sie wollen, denunzieren Sie mich!"

Durand stieg in eine Droschke und ließ sich zur Bank fahren.

„Mein Herr", sagte er zu dem Beamten, an den man ihn wies, „es verlautet, daß in dem Viertel, in dem ich wohne, zahlreiche falsche Scheine in Umlauf sind. Diesen hier habe ich gestern erhalten; er erscheint mir verdächtig, ich weiß nicht, warum, würden Sie ihn vielleicht einmal ansehen?"

Nach kurzer Zeit gab der prüfende Beamte die Banknote zurück und erklärte lachend: „Das Schlechteste, mein Herr, was es gibt. Sie können beliebig viele davon bringen. Wir tauschen sie Ihnen in Gold um!"

Herr Durand ging nach Montmartre zurück. Er fühlte, daß große Tropfen kalten Schweißes seine Stirne netzten. Ein schrecklicher Kampf tobte in ihm. Sein Gewissen rang mit seinem Interesse. Würde er es fertig bringen, den Mann der Polizei zu überliefern, dem das Geheimnis, Geld zu machen, so vortrefflich und leicht gelang? Sollte er nicht lieber daraus Nutzen ziehen, mit ihm paktieren, sein Stillschweigen sich bezahlt machen?

Schreckliche Versuchung!

Herr Durand hielt sich vor, daß fünfzig Jahre eines ehrlichen Lebens ihn mahnten, und daß nichts, nichts ihn vom rechten Weg hatte ablenken können . . . aber leider erklang auch in ihm eine leise Stimme, die aus der Tiefe einer verwirrten Seele ihm zurief, daß er 200 000 Frank benötige, um eine Terrainspekulation unternehmen zu können.

„Was sagten sie denn auf der Bank?" fragte Fripouillard.

„Daß der Schein echt ist . . ."

„Sehen Sie, ich war davon überzeugt . . . Und jetzt gehen Sie zum Kommissär, mein teurer Wirt, und tun Sie ihre Pflicht."

Herr Durand erwiderte nichts.

Mehrere Augenblicke verstrichen.

Endlich stammelte er:

„Und Sie . . . Sie könnten, soviel sie wollten . . . fabrizieren . . . von diesen . . ."

„Zweifellos! Morgen kann ich hundert, zweihundert, dreihundert davon haben, wenn ich will . . . nur . . ."

Er blickte Herrn Durand in die Augen. „Nur", sagte er, seine Worte dehnend, „es lohnt sich nicht, lumpige Fünfzigfrankscheine zu machen, Tausender müßte man herstellen".

Herr Durand wurde blaß und stotterte: „Was hindert Sie daran?"

„Ich habe leider alles hineingesteckt, was ich besaß . . . ich müßte jetzt ganz neues Material haben, und das ist sehr teuer . ." Herr Durand schwankte der Boden unter den Füßen.

„Wieviel brauchen Sie?" würgte er heraus.

„Zehntausend Frank. Was bedeutet das, wenn man nach einem Monat so reich sein kann wie Rothschild!"

Herr Durand fühlte sich dem Ersticken nahe.

„Und wenn jemand Ihnen diese Summe leihen würde?"

„Er bekäme von mir einen Anteil von einer Million!"

Am nächsten Morgen brachte Herr Durand seinem Associé das Geld.

Am Morgen darauf erfuhr er, daß sein Mieter während der Nacht ausgezogen war und auf das Hinterlassen seiner Adresse natürlich verzichtet hatte.

Herr Durand hat, wie man sich denken kann, keine Klage eingereicht und Fripouillard reibt sich am anderen Ende von Paris in aller Sicherheit vergnügt die Hände.

10 000 Frank gewinnen mit einem neuen, schönen Fünfzigfrankschein — muß man das nicht ein famoses Geschäft nennen?! Ja, die schlechten Instinkte der Menschen — da haben wir diese Kaffeemühle, die ununterbrochen Goldstücke für die herauswirft, die geschickt auf diese Instinkte spekulieren . . . Fripouillard, mein Freund, weil du diese große Wahrheit begriffen hast, darfst du dich jetzt rangieren!"

Berecht. Übertragung a. d. Französischen v. J. Kunde.

Die Indifferenten.

Ihren schläfrig-dummen Augen
ist kein Wutblitz zu entlocken,
Hunden gleich sind sie zufrieden
mit den zugeworfnen Brocken.

Woch' um Woche seh' ich ruhig,
stillvergnügt sie weiter schanzen —
und wenns der Fabrikherr wollte,
trügen sie ihn Buckelranzen.

Läßt er sie nur existieren,
nebenbei noch Kinder machen,
werden sie nie rebellieren,
braucht er nie sie zu bewachen.

Karl Kaiser.

Die Weißwurst und der Möbelwagen.

Von L. Pratsch.

Die Weißwurst unserer Geschichte hängt in keinem Metzgerladen. Auch die Ankündigung vom Möbelwagen klingt nicht gerade poetisch. Geduld, nur Geduld, meine Herrschaften, die Sache wächst dennoch aus einem tieferen Sinn heraus.

Jedermann kann sich ein gut bürgerliches Spießbürgerlokal vorstellen, allwo die satten Fettablagerer ihre ausgedehnten Mußestunden politisch verquatschen, über soziale Dinge Blech schwätzen und Bier dazu trinken, Tabak rauchen und Likör in den sieben Regenbogenfarben hinunterstülpen.

In eine solch gemütliche, geistig hochstehende Dämmerschoppenplauderei kommt der Fabrikbesitzer. Eigentlich ist er Inhaber einer Industrieanlage, denn bei ihm wird alles gemacht, kurz geschert, die Firma Schwitz und Söhne produziert alles. Die produktiven Abteilungen dirigiert der Sohn Max Schwitz, den Vertrieb und das Kaufmännische hat der Moritz Schwitz übernommen. Der Chef der Firma tut scheinbar nichts, der alte Herr brüstet sich aber protzig: „von mir hängt alles ab . . ."

Der Chef kommt also in die oben erwähnte Dämmerschoppenplauderei puffend, tränenlachend, hineingerollert: „Meini Herrn, lachens doch, denkens amal dös durch, meini Arbeiter ham an Verein gründ . . . kan Verband, dös gibt's net, ich leid' net . . . also an Verein, der haßt, hahaha, die Weißwurst! . . . Wissens warum? ich weiß a net . . . wenns ba der Weißwurst a Vergnügen ham, gibt jeder a Markel her, fein, was?"

In das Gelächter hinein zischt ein scharfe, dünne Stimme: „Hm, der Vorstand, der könnte sich davon a neue Kluft anschaffen . . . hihihi."

Da treibt es den alten Schwitz hoch: „Oho, bittschö, meini Arbeiter verdienen soviel, daß sich jeder an Anzug schaffen kann, verstanden!"

Die scharfen Worte des alten Herrn tut jemand mit dem Spott ab: „Bittschö, das verstehe ich nicht . . . wenn sich jeder einen Anzug schaffen kann vom Verdienst, zwaas haben dann die Kollegen eines Jubilars — er steht in Ihrem Dienst fünfundzwanzig Jahre — für den haben die Leute gesammelt zu einer neuen Kluft? der Mann ist solid . . . also, mit den hohen Löhnen kann es bei Schwitz und Söhne nicht weit her sein, verstanden?"

„Ich zahle, was mir paßt, und wems nicht paßt, der kanns passend machen . . .", brüllt der Chef . . . Dann schreit er: „Kellner, zahlen!", wirft Geld hin, schwingt vor Wut und kühlt draußen im Abendwind den hitzigen Schädel.

Der Chef der Firma Schwitz und Söhne läßt am anderen Morgen seine zwei Söhne rufen und redet die beiden an: „Max, Moritz, paßt wol auf, wer müssen was machen . . . Gestern in Gesellschaft kam auf uns der Vorwurf, wir zahlen unsere Leute so schlecht, daß se sich keinen Anzug kaufen können . . . Na, sind die Löhne so niedrig?"

Zuckt der Max die Achsel: „As Kaufmännische hat Moritz . . ."

„Schwätz kan Mist, sags rund raus, de Löhne sinn ganz unten an der untersten Lohngrenze . . .", zischelt Moritz Schwitz, und fährt fort: „Lohntarif . . .", aber gleich bläst der Chef drein: „Gibts nich . . ., Löhne stehen fest wie Mauern . . ., aber besinnt euch, könnten mer net irgend ä Sparsystem, ä Sparkasse für die Belegschaft einführen, oder so was . . .?"

Max schlägt vor: „Könnt mer net in allen Abteilungen am schwarzen Brett anschlagen . . ., wer Vorschuß zu Anschaffungen . . ."

Hüpft der Chef auf einem Bein hoch: „Nix Vorschuß, nix, kostet Geld . . . Ha, Vorschuß drosseln . . . und dann . . . heidi, fort! Nix da!"

Die Einwendung macht Moritz: „Aber Papa, Leute sein doch alle hier festgehalten, wohnen da, sein an de verschwitzte Scholle gebunden . . ."

In dem Augenblick meldet der Mann vom Fabriktor: „Die Herrn wärn net bös sein, wenn ich vermelde, drei fremde, junge Arbeiter wollen Arbeit . . ."

„Her mit die Bengels . . ., wärn eingestellt, sofort . . ., ah, da sin se schon . . . So, ihr drei Kerls . . ., seid fest beieinander . . ., seid er gsund, stark . . .? Gut, könnt gleich eintreten . . ., aber fleißig sein . . . und net frech sein . . . Torwart, führnse de drei Brüder zum Meister Trüller, soll se gleich einspannen . . .", schreit der Chef dem Torwart nach. Der trollt mit den drei jungen Leuten weg.

„Papa, gestatte mal, wo werden die drei Arbeiter Nachtquartier finden?" Diese Frage stellt der Max. Gleich meint Moritz: „No, halt in am Bett, im Heu, im Stroh . . ."

„Wie de Ochsen?" lacht der Alte . . . und fährt fort: „Damit die Sache glatt is, zum Wohl der Arbeiter führen mer a Strafkasse ein . . . Geld wird in Not, Krankheit an de Leute gegeben . . ., daß die Kasse voll werd, dafür ham mer a Aufsichtspersonal . . . Und jetzt wegen dem Nachtquartier der drei neuen Burschen . . ., in der Herberg könnens net sei, da ham de Wanzen in drei Nächten die drei aufgefressen, Handwerksbürger und Kleinstadtbauern wolln kan Fremden, sin dick voll Mißtrauen gegen alles Fremde . . ., aber ich hab an Plan . . ., afm Lagerplatz steht a alter Möbelwagen, den richten oder lassen mer richten zu am Schlafwagen für die drei fremden Kerls, jeder zahlt an Taler Schlafgeld für de Woch . . ., fertig . . ., basta . . ., seht er, so treibt mer im kleinen . . . Sozialpolitik . . ."

Die vom alten Herrn ans Licht des Tages gezogene Wohlfahrtseinrichtung erhält den schönen Namen Unterstützungskasse. Strafkasse, nein, das riecht zu sehr nach einer Strafanstalt, meint der alte Herr. Weil aber die Firma Schwitz und Söhne einen recht saftigen Profitbissen mühelos schnappt, überweist der Chef großmütig 100 Mark als finanziellen Grundstock an die Arbeiterunterstützungskasse.

Im großen Beratungszimmer sind vier Wochen später versammelt: Der Chef der Firma Schwitz und Söhne mit Max und Moritz und dem gesamten Aufsichtspersonal. Ein sehr wichtiger Gegenstand steht zur Beratung, vor allem die Frage: Wie bringt besagte Firma den unter der Belegschaft aufgestandenen Geist der trutzigen Selbsthilfe unter die Räder der selbstherrlichen Fabrikbesitzergewalt? Obermeister Peitschlein spricht das gewichtige Wort aus: „Rausschmeißen!" „Geht nicht, flotter Geschäftsgang . . .", sagt entschieden der Chef. „Mit Güte . . ." schlägt der Max vor. „Mit gerissener Schlauheit . . ." meint der Moritz.

„Versuchts doch . . .", näselt der Chef. Dann legt er seinen Helfershelfern die Frage hin: „An die Hauptsache, an die denkt ihr alle nich . . . Senn unsre Leute beim Fabrikarbeiterverband oder nich . . .? Senn die Brüder . . ."

Ein Klopfen an der Tür. Donnert der alte Herr: „Herrrein!"

„Eine Abordnung Ihrer Belegschaft, der Betriebsrat, wünscht die Herren zu sprechen . . .", sagt eine klare, ruhige Stimme, und schon stehen sechs, acht Arbeiter im Beratungszimmer.

„Donner und der Teufel! Ihr drei vorn dran, ihr . . . aus der Fremde . . ., hab ich net befohlen, frech derft er net sei? He . . ., so a Frechheit!" überpurzeln sich die Zornesworte des alten Herrn.

Und nun wieder die klare Stimme: „Im Auftrage des Fabrikarbeiterverbandes stellt die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes die Forderung auf Lohnzahlung nach dem des einschlägigen Tarifs, außerdem verlangen wir die Aufhebung der Strafkasse mit sofortiger Wirkung . . ."

„Wollt er net gleich de ganze Fabrik?" kräht der Chef, und taucht sich in den tiefen Ledersessel. Der junge Herr Max rettet die peinliche Situation mit den Worten: „Kommens in aner halben Stunde wieder rauf . . .!"

Es dauert keine halbe Stunde, da wird unter den Fabrikleuten bekannt, die Firma bewilligt alles.

„Könnt ich nur, wie mer wollten . . ., raus müßt alles, die ganze Bande . . . Aber . . . flottes Geschäft . . . Na, aufgehoben . . ., wartet nur . . .", knirscht der Alte, und die jungen Herren reden was. Sagt der Max: „Papa, waßt wo die Bande, vielmehr die Agitatoren, ihren Plan fertig gemacht ham . . .? Im Möbelwagen . . ."

„Sehter, so wird der gute Wille mißbraucht . . .", meint philosophisch der alte Herr, und hängt die Frage hin: „Was machens denn nun mit ihrem Verein, mit der Weißwurst?" „Ins Gesicht hams uns gelacht und dazu gemeckert: Den Verein brauchen mer nimmer, durchn Verband hamer jetzt an höheren Tariflohn, die rote Wurst is uns lieber, im Tarif eingewickelt, ka Kasse zur Unterstützung, fort damit . . . A auskömmlicher Lohn is besser, is a Recht und ka Gnaden . . ."

Nachdenklich meint schließlich der alte Herr: „Unter uns gesagt, jetzt erst hab ich Achtung und Respekt vor unseren Leuten."

Humoristische Ecke.

So wird es wohl sein.

Das gnädige Fräulein liegt in ihrem entzückend eingerichteten Boudoir auf dem Divan, knabbert Pralinen und liest eine kleine pikante Geschichte dabei. Das Dienstmädchen bohnert indessen den Fußboden.

In der kleinen pikanten Geschichte muß dem gnädigen Fräulein eine schwierige Frage vorgekommen sein. Sie schließt das Buch, schaut versonnen dem arbeitenden Mädchen zu, nimmt noch einmal von den Süßigkeiten in der Kristalldose, liest wieder die fragliche Stelle in der kleinen pikanten Geschichte und wendet sich entschlossen an das Dienstmädchen:

„Sagen Sie einmal, Lisbeth, was meinen Sie: Ist die Liebe eine Arbeit oder ein Vergnügen?"

Liesbeth guckt zuerst verblüfft das gnädige Fräulein an und entgegnet schnell und gefaßt:

„Ach, gnädiges Fräulein, das wird wohl ein Vergnügen sein, die Liebe. Denn wenn's eine Arbeit wäre, müßte ich sie sicher auch noch machen."

*

Bekanntmachung.

Derjenige, der denjenigen, der den Wegweiser, der an der Wiese, die an der Kreuzung der Chaussee nach Untersheim und Oberthal, 1½ Kilometer östlich unseres Ortes, liegt, steht, umgeworfen hat, anzeigt, erhält, wenn der Täter daraufhin belangt werden kann, eine Belohnung von 50 Reichsmark.

Und wieviel erhält „derjenige", der diesen Satz schon beim ersten Durchlesen verstanden hat?